Rede des Vertreters der VR Albanien vor der UNO

Seite 4

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 42 vom 16. Oktober 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge

Empörung und Widerstand gegen die DGB-Bonzen

Aus den Betrieben verschiedener Industriezweige erreichten uns in den letzten Wochen und Monaten Meldungen über die Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge. So z. B. von Casella in Frankfurt (Chemie), Hanomag und Rheinstahl in Kassel (Metall), Friedrich Krupp Hüttenwerke in Bochum (Stahl), Gruner und Jahr in Itzehoe (Druck). Offensichtlich geht hier der DGB-Apparat mit einer Art Salamitaktik vor, um seinen Plan durchzusetzen, in allen Einzelgewerkschaften seines Dachverbands die Beiträge künftig auf 1% vom Bruttolohn hochzuschrauben. Damit soll der Widerstand der breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder unterlaufen werden, die den 1%-Beschluß ablehnen, weil sie nicht bereit sind, dem arbeiterfeindlichen Bonzenapparat des DGB noch mehr von ihrem sauer verdienten Geld in den Rachen zu werfen. In den Betrieben, in denen jetzt die Gewerkschaftsbeiträge erhöht wurden, reagierten die Arbeiter und kleinen Angestellten mit Empörung. Bei Gruner und Jahr kam es zu massivem Widerstand. Aus Protest gegen Beitragserhöhungen erklärten mehrere hundert Kollegen geschlossen ihren Austritt aus der IG Druck und Papier.

Die Empörung über die Beitragserhöhungen ist um so größer, als der Gewerkschaftsapparat die höheren Beiträge in Absprache mit den Unternehmern einfach durch die Lohnbüros als Abzüge einbehalten ließ, ohne daß die Kollegen überhaupt nach ihrem Einverständnis gefragt wurden. Teilweise wurden die Kollegen noch nicht einmal vorher darüber informiert, so daß sie plötzlich vor vollendeten Tatsachen standen und sich zuerst einmal erkundigen konnten, wie es überhaupt kommt, daß ihnen auf einmal ein paar Mark mehr abgezogen werden. So zum Beispiel auch bei Krupp in Bochum. Auf der Septemberabrechnung fehlten plötzlich 2 Mark. Heimlich, still und leise hatten die Bonzen den Gewerkschaftsmitgliedern in die Geldbörse gegriffen. „Hammerschlag", die Betriebszeitung der KPD/ML, prangerte diese Schweinerei schon am 30. September an, als die meisten Kollegen ihre Septemberabrechnung noch gar nicht erhalten hatten. Mit Recht schrieb der „Hammerschlag": **„Auf deutsch nennt man so etwas schlicht Diebstahl."** Noch am selben Tag verschickten die Bonzen von der IGM-Verwaltungsstelle aus Angst vor dem Zorn der einfachen Gewerkschaftsmitglieder einen Rundbrief, in welchem sie sich in die lächerliche Behauptung flüchteten, sie hätten schon vor längerer Zeit einmal ein Schreiben mit der Ankündigung der „Beitragsangleichung" drucken lassen, aber dieses sei leider auf dem Versandwege verlorengegangen.

Es kam in verschiedenen Betrieben zu aktiven Widerstandsmaßnahmen der Kollegen. In den Werkshallen von Krupp in Bochum verklebten die Kollegen viele Kleber, auf denen gegen die unverschämte Beitragserhöhung protestiert wird. Wie schon erwähnt, gab es in dem Druckereibetrieb von Gruner und Jahr in Itzehoe besonders heftigen Widerstand. **Wir haben Hinweise, daß es vierhundert Druckereiarbeiter waren, die geschlossen auf gemeinsamen Listen ihre Austrittserklärung abgaben.** Vertreter des Betriebsrates und der Gewerkschaft sprachen von „höchstens 200", sie wollten die Sache jedoch offensichtlich herunterspielen.

Daß die Empörung über den Gewerkschaftsapparat gerade in einem Druckereibetrieb besonders hohe Wellen schlug, kam natürlich nicht von ungefähr. Wochenlang hatten die Druckereiarbeiter einen der härtesten Streikkämpfe der letzten Jahre durchgestanden, hatten sie dem Aussperrungsterror der Kapitalisten und dem Polizeiterror getrotzt, hatten gegen Streikbrechertum und Abwiegelei gekämpft. Die Bonzen der IG Druck und Papier

Fortsetzung auf S. 3, Spalte 3



Dortmund: Die Partei im Kampf gegen die Wahlpropaganda der Faschisten. Zum Ausgang der Wahlen siehe nebenstehenden Artikel.

Bundestagswahlen

Betrug an den Werktätigen

Die Bundestagswahlen sind vorbei. Sie endeten mit einem knappen Sieg der SPD/FDP-Koalition, die trotz erheblicher Stimmenverluste erneut die Regierung stellen wird. Die Hoffnungen allerdings, die die Werktätigen mit ihrer Stimme für diese oder jene Partei verbunden haben, werden sich nicht erfüllen. Die Wahlen waren ein gigantischer Betrug, ein Schwindel, um vor den werktätigen Massen die Diktatur der Kapitalistenklasse über das Volk als „Volksherrschaft" erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit hatten die Werktätigen bei dieser – wie bei jeder anderen Wahl im Kapitalismus – nur die Wahl zwischen dem linken und dem rechten Stiefel des Kapitals. Mit einigen Aspekten der Bundestagswahl wollen wir uns im folgenden Artikel befassen.

Unsere Partei hat sich nicht mit der Aufstellung eigener Kandidaten an den Wahlen beteiligt, sondern zum Wahlboykott aufgerufen. Wir haben das gesteigerte politische Interesse der Werktätigen während des Wahlkampfes ausgenutzt, um mit der Grundsatzerklärung millionenfach das Programm unserer Partei für die sozialistische Revolution in ganz Deutschland unter die Massen zu tragen und gleichzeitig den Wahlschwindel als Betrug an den Werktätigen entlarvt. Die breite Propaganda, die zahlreichen neuen Kontakte, die dabei geknüpft wurden, die vielen Menschen, die zum erstenmal während des Wahlkampfes eine kommunistische Veranstaltung besucht haben, waren Erfolge, die die Partei erringen konnte.

Die Wahlbeteiligung war auch diesmal sehr hoch. Mit 91% lag sie allerdings um 0,1% unter der der letzten Bundestagswahl, wo die Wahlbeteiligung 91,1% betragen hat. Es ist klar, daß der Aufruf zum Wahlboykott in der heutigen Situation, in der die Klassenkämpfe noch nicht mit aller Schärfe entbrannt sind, wo wir mit der Verankerung der Partei unter den Massen erst am Anfang stehen, nicht zu einem bedeutenden Rückgang der Wahlbeteiligung führen konnte. Dazu kommt, daß die bürgerlichen Parteien, einschließlich der D„K"P, alle Anstrengungen gemacht haben, um die Werktätigen von der Notwendigkeit der Stimmabgabe zu überzeugen.

Fortsetzung auf Seite 2

Ein Jahr "Freundschaftsvertrag" DDR-SU

DDR unter dem Joch der Kremlzaren

Am 7. Oktober veranstalteten die SED-Revisionisten in der DDR wieder einmal einen ihrer militaristischen Aufmärsche. Sie, die den Sozialismus in der DDR zerschlagen und eine faschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie gegen die Werktätigen errichtet haben, feierten demagogisch den 27. Jahrestag der Gründung der DDR. Mit ihnen feierten die russischen Sozialimperialisten, die die DDR mit Billigung der Honecker-Clique praktisch zu ihrer Kolonie gemacht haben. Besonderer Anlaß für diese Feier war dabei das einjährige Bestehen des neuen „Freundschaftsvertrages" zwischen der Honecker-Clique und den neuen Zaren im Kreml.

Dieser „Freundschaftsvertrag", der vor einem Jahr abgeschlossen wurde, legte schriftlich fest, was bereits vorher schon eine Tatsache war: **daß die russischen Sozialimperialisten die eigentlichen Herrscher in der DDR sind; daß es ihnen zusteht, die politischen Angelegenheiten der DDR zu regeln, die Entwicklung der Wirtschaft zu bestimmen und die DDR auch militärisch zu beherrschen. Dieser Vertrag, der vor einem Jahr geschlossen wurde, hat mit Freundschaft zwischen dem deutschen und den sowjetischen Völkern nichts zu tun. Es ist ein Pakt zur weiteren Knechtung der DDR durch die neuen Zaren im Kreml.**

Kernpunkt des Vertrages ist die berüchtigte Theorie der Kremlzaren von der „begrenzten Souveränität", wonach die „Souveränität" der von den neuen Zaren im Kreml kontrollierten „sozialistischen" Gemeinschaft über alles geht, während die Souveränität des einzelnen Landes zurückgestellt wird. Das heißt, daß die anderen Länder dieser „Gemeinschaft" gegenüber dem Diktat der russischen Sozialimperialisten keinerlei Eigenständigkeit besitzen.

So wird in dem Vertrag ausdrücklich die deutsche Nation geleugnet. Die Einheit der deutschen Nation, von der noch im vorigen Vertrag zwischen Sowjetunion und DDR die Rede war, ist gestrichen. Mit theoretischen Floskeln und Phrasen wird dagegen zu belegen versucht, daß die DDR – wie es im Vertrag heißt – „für immer und unwiderruflich" zum Einfluß- und Herrschaftsbereich des russischen Sozialimperialismus gehöre.

Seit Abschluß des Vertrages vor einem Jahr haben die russischen Sozialimperialisten unaufhörlich auf

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Rede des Vertreters der VR Albanien vor der UNO 4
Prozeß in Stammheim: Bundesanwälte fordern dreimal lebenslänglich . . . 5
Freispruch für Dieter Kwoll! 5
Faschistisches Blutbad in Thailand . . 6
Spanien: Das Volk richtet den Volksfeind Villar hin 6
Uruguay: Tiefe Empörung gegen die faschistische Diktatur 7
Generalstreik in Palästina 7
Osttimors Patrioten vernichten 15 000 feindliche Soldaten 7

Bundestagswahlen

Fortsetzung von Seite 1

„Wahlrecht ist Wahlpflicht", so hieß es. Die Propaganda des „Kopf-an-Kopf-Rennens" zwischen SPD/FDP und CDU/CSU, mit der auch der Letzte mit dem verlogenen Argument, es sei gerade seine Stimme, die die Wahl entscheiden würde, mobilisiert werden sollte, hat hier am allermeisten gewirkt.

Vielfach haben die bürgerlichen Parteien sogar direkt Druck ausgeübt, um den einen oder anderen noch am Wahltag an die Urnen zu schleppen. So berichteten Genossen, daß Bonzen der SPD, die als Wahlhelfer in den Wahllokalen saßen, Mitglieder ihrer Partei bei der Stimmabgabe aufforderten, dafür zu sorgen, daß auch ihre Großeltern usw. zur Wahl kommen. Mit solchen Methoden ist es der Kapitalistenklasse sicherlich gelungen, viele Menschen, die sonst nicht zur Wahl gegangen wären, doch noch zur Stimmabgabe zu überreden.

Die Wahlbeteiligung ist insgesamt gesunken. Dennoch sind die Illusionen in den Parlamentarismus noch groß. Eine genauere Analyse der Wahlbeteilung zeigt aber, daß sie in einigen Städten überdurchschnittlich stark abgesunken ist. Dies ist nicht zuletzt auch eine Folge der Agitation und Propaganda der Partei. In Hamburg z.B., wo die Partei seit langem arbeitet, einer Stadt mit einer großen und kampfstarken Arbeiterklasse mit langer revolutionärer Tradition, ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich – um 1% – gefallen. Auch in Duisburg, wo das Industrieproletariat in der ganzen Bundesrepublik am konzentriertesten ist, ist die Wahlbeteiligung auf 88% gesunken. Das sind 3% unter dem Bundesdurchschnitt. Auch in Duisburg arbeitet die Partei seit langem.

Unter dem Industrieproletariat, bei den klassenbewußtesten Arbeitern, da, wo die Partei seit langem arbeitet, zogen die Manöver der Bourgeoisie am wenigsten, war die Wahlbeteiligung am geringsten.

Eine Riesenpleite für die D„K"P

Groß wie selten zuvor waren die Anstrengungen der modernen Revisionisten der D„K"P, um bei den Bundestagswahlen dieses Jahres ihren Stimmenanteil zu vergrößern. Das Ergebnis war für sie allerdings eine Riesenpleite. Sie bekamen gerade 118 483 Zweitstimmen, ganze 4 592 mehr als vor vier Jahren. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen haben die modernen Revisionisten der D„K"P sogar überall zwischen 30 und 60% der Stimmen verloren. Die modernen Revisionisten der D„K"P haben in diesem Wahlkampf Millionensummen ausgegeben. Sie stellten in allen Wahlkreisen Direktkandidaten auf und forderten diesmal auch nicht, wie noch 1972, mehr oder weniger offen auf, dem „kleineren Übel" SPD die Stimme zu geben. Die modernen Revisionisten haben im Wahlkampf vor allem auf die Methode „mit Speck fängt man Mäuse" gesetzt. Die Feste, die sie massenweise organisierten und die von Hunderttausenden von Menschen besucht wurden, haben sich nicht in Wählerstimmen niedergeschlagen. Auf jedes Mitglied einer ihrer Organisationen, ist es ihnen im Durchschnitt nur gelungen, 1,5 weitere Wähler für sich zu gewinnen.

Viele Werktätige haben den modernen Revisionisten der D„K"P schon allein deshalb ihre Stimme nicht gegeben, weil sie die sozialfaschistischen Regimes in der DDR, der Sowjetunion usw. von ganzem Herzen ablehnen. Aber sicherlich war auch noch ein anderer Grund für das magere Stimmenergebnis für die D„K"P verantwortlich. Angesichts der zahlenmäßigen Schwäche der D„K"P, unter dem Einfluß der von den modernen Revisionisten selbst verbreiteten „Theorie des Rechtskartells" und der Propaganda des „kleineren Übels" SPD, auf dem Boden der von den modernen Revisionisten erzeugten Illusionen in das bürgerliche Parlament – werden viele Anhänger der D„K"P auch diesmal die SPD gewählt haben. Zumindestens ein Indiz dafür ist der enorme Rückgang der Stimmen der D„K"P gegenüber den Landtagswahlen und der Unterschied zwischen den Erststimmen und den Zweitstimmen für die D„K"P von fast 60 000.

Das relativ schlechte Abschneiden der modernen Revisionisten der D„K"P darf aber nicht zu einer Unterschätzung ihres ideologischen und politischen Einflusses führen, der weit über die für sie abgegebenen Stimmen hinausgeht. Die modernen Revisionisten sind Todfeinde des Marxismus-Leninismus und der sozialistischen Revolution, ohne den allseitigen und umfassenden Kampf gegen diese Agentur des Imperialismus in der Arbeiterbewegung kann die Herrschaft des Imperialismus nicht gestürzt werden.

D„K"P: Hochburgen – die Universitätsstädte

Betrachten wir die Wahlergebnisse der modernen Revisionisten der D„K"P etwas genauer. Gegenüber den Wahlen von 1972 errangen die modernen Revisionisten einen ihrer größten Erfolge in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Von den 4 592 Mehrstimmen seit 1972 fallen allein 2 062 auf Hamburg, weitere 2 332 auf die beiden anderen Bundesländer. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis des Wahlaufrufs des trotzkistischen KB Nord für die D„K"P, den sie nach einigen Windungen und Wendungen doch noch offen herausgelassen haben. Selbst wenn man davon ausgeht, daß ein Teil der Mitglieder und Sympathisanten des KB die trotzkistische GIM gewählt hat – haben viele ihre Stimme sicher der D„K"P gegeben.

Dazu kommt noch etwas anderes. Es ist richtig, daß die modernen Revisionisten der D„K"P sich in einigen Arbeiterbezirken, z.B. auch im Ruhrgebiet steigern konnten. So in Duisburg-Nord, Bottrop-Gladbek und anderen. Hier ist es ihnen offenbar gelungen, die Unzufriedenheit zahlreicher Arbeiter mit der Politik der SPD und – in Bottrop-Gladbeck – ihr Image als radikale Oppositionspartei für sich auszunutzen. **Die allergrößten Erfolge hat die D„K"P aber nicht in den Arbeitervierteln der Großstädte erringen können, sondern in Städten mit starker kleinbürgerlicher Bevölkerung, vor allem unter den Studenten.** So steigerten sie ihre Stimmenzahl in Oldenburg um 88%, in Göttingen um 64%, im Wahlkreis Reutlingen, der Tübingen umfaßt, um 43%. Und in der Universitätsstadt Marburg kamen sie sogar auf eine Steigerung von 127%. Offenbar fällt das revisionistische Programm der „Arbeiterpartei" D„K"P unter den kleinbürgerlichen Studenten auf einen äußerst fruchtbaren Boden, was bei der schwankenden Haltung des Kleinbürgertums, vor allem auch der Intellektuellen, zwischen Proletariat und Bourgeoisie auch gar kein Wunder ist.

Nieder mit dem Parlamentarismus!

Unsere Partei hat vor den Wahlen Anstrengungen für die Bildung eines revolutionären Wahlbündnisses unternommen, das in der Lage gewesen wäre, die modernen Revisionisten der D„K"P in einigen Bereichen zu schlagen. Die Wahlergebnisse zeigen, daß diese Einschätzung richtig war. Dieses Wahlbündnis ist an dem Opportunismus der anderen Organisationen, hauptsächlich durch die Schuld des KBW, nicht zustandegekommen. Mit ihrer Beteiligung an der Wahl, mit dem Verzicht auf eine prinzipienfeste Agitation und Propaganda gegen die parlamentarische Diktatur der Bourgeoisie und für die sozialistische Revolution, haben die GRF und der KBW objektiv das Vertrauen in den Parlamentarismus gestärkt. Mit 2 090 Stimmen zusammen gelang es ihnen in Hamburg z.B. nicht einmal, die Stimmen der Partei bei den letzten Bürgerschaftswahlen zu erreichen (3 001). Fast überall ist der Anteil ihrer Stimmen gegenüber den letzten Landtagswahlen stark, teilweise um 30% zurückgegangen. Das zeigt ebenfalls, daß der Opportunismus das Vertrauen in den Parlamentarismus stärkt. Denn viele, die noch bei den Landtagswahlen z.B. die GRF wählten, haben sich diesmal unter dem Einfluß der auch von der GRF verbreiteten parlamentarischen Illusionen offensichtlich für eine bürgerliche Partei entschieden. Das zeigt, daß es unbedingt notwendig ist, wie es unsere Partei im Wahlkampf getan hat, vor allem den bürgerlichen Parlamentarismus vor den werktätigen Massen zu entlarven und die Agitation und Propaganda für die sozialistische Revolution in den Mittelpunkt zu stellen.

Denn weder ändert sich die Lage der Werktätigen durch die Wahlen, noch können die Arbeiter und anderen Werktätigen durch das Kreuz auf dem Stimmzettel ihre Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung erreichen. Nur die sozialistische Revolution, der revolutionäre Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats legen die politische Macht wirklich in die Hände des Volkes.

Kurz berichtet

FRANKFURT

Am verkaufsoffenen Samstag, einen Tag vor der Wahl, verbreitete die ROTE GARDE kleine Handzettel der KPD/ML zum Wahlboykott. Aus einem Fenster eines Kaufhauses und an anderen Stellen flogen plötzlich Tausende der kleinen Zettel hinunter, so daß in kürzester Zeit die ganze Zeil mit Aufrufen zum Wahlboykott übersät war. Die bürgerlichen Parteien wie SPD, FDP und CDU sowie Trotzkisten der GIM hatten große Stände zur Wahl aufgebaut, die bald mit den Wahlboykott-Zetteln total überschwemmt waren. Vielen Menschen fingen die fliegenden Zettel auf oder hoben sie auf und steckten sie ein. Die meisten blieben stehen und lasen aufmerksam unseren Aufruf zum Wahlboykott.

KIEL

Rote Granate

In Kiel ist eine neue Soldatenzeitung der ROTEN GARDE, die „Rote Granate", erschienen. Unter der Überschrift: „Was ist los beim Bund?" geht die Zeitung auf die Ziele der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, beim antimilitaristischen Kampf ein. Es wird klar gezeigt, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist, die es zu bekämpfen gilt und daß derjenige, der für den Frieden kämpfen will, sich unter der Parole „Krieg dem imperialistischen Krieg!" an die Seite der Partei und der ROTEN GARDE stellen muß.

MÜNSTER

Am 29. 9. fand in Münster eine Veranstaltung statt, auf der die Grundsatzerklärung der Partei „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" vorgestellt wurde. Der Redner der Partei ging in seinem Referat dabei auch auf die Geschichte der Partei ein, in dem er die Entwicklung und Vertiefung der politischen Linie der Partei seit ihrer Gründung aufzeigte. Er machte diese Entwicklung auch anhand von Beispielen aus der Arbeit der Partei in Münster selbst deutlich. Zum Abschluß seiner Rede forderte er die anwesenden Freunde und Genossen – es waren 60 zur Veranstaltung gekommen – auf, die Grundsatzerklärung gründlich zu studieren und sie in die Tat umzusetzen. Um die Verbreitung der Grundsatzerklärung der Partei auch finanziell zu unterstützen, wurden 137 DM an Spenden gesammelt.

BREMEN

Zusammen mit der ROTEN GARDE und mit ihren Sympathisanten hat die Ortsgruppe Bremen der KPD/ML im September 150 000 Grundsatzerklärungen der Partei verteilt. Wie die Genossen berichten, wurde damit fast jedes Arbeiterhaus in Bremen erreicht, die Bauern und Landarbeiterfamilien in über 50 Dörfern wurden versorgt, und ein Rest von 10 000 Exemplaren wurde noch kurz vor der Wahl in den kleineren Städten der Bremer Umgebung gesteckt. Durch eine ausgedehnte Hausagitation konnten in allen Arbeitervierteln, aber auch auf dem Lande eine Reihe neuer Kollegen für den Kampf an der Seite der Partei gewonnen werden. Täglich wenden sich neue Menschen an das Parteibüro, die besucht oder informiert werden möchten, täglich treffen auch Briefe mit neuen Adressen ein.

DDR unter dem Joch der Kremlzaren

Fortsetzung von Seite 1

allen Gebieten die Knechtung der DDR, ihre Ausplünderung und Unterdrückung verschärft. Die Zahl der russischen Besatzersoldaten in der DDR, die dort gegen die Werktätigen, wie auch als Stoßkeil des russischen Sozialimperialismus gegenüber Westeuropa konzentriert werden, sind um mehrere tausend verstärkt worden. Die Ausplünderung und Ausbeutung der Werktätigen in der DDR ist im Rahmen des IX. Parteitages der SED und des XXV. Parteitages der Sowjetrevisionisten weiter verschärft worden. Zum einen wurde von den SED-Revisionisten beschlossen, Rationalisierung, Arbeitshetze, Intensivierung der Ausbeutung zu erhöhen, auf der anderen Seite wurde in Moskau und in verschiedenen Verträgen zwischen der DDR und dem russischen Sozialimperialismus festgelegt, den ungleichen Handel, die Ausplünderung auf Kosten der Werktätigen in der DDR durch die neuen Zaren im Kreml zu verschärfen. So wurde die DDR zum Aufbau verschiedener Großindustrien in der Sowjetunion, zur Errichtung weiterer Werke verpflichtet.

Darüberhinaus haben die neuen Zaren im Kreml die Honecker-Clique auch bei ihrer hegemonistischen Raubpolitik im internationalen Maßstab seit dem Abschluß des Vertrages immer mehr eingesetzt. In dem Vertrag wurde die DDR vor einem Jahr verpflichtet, dem russischen Sozialimperialismus bei seinen Raubzügen und Aggressionen überall auf der Welt „jeglichen Beistand, einschließlich militärischen" zu leisten. Die unmittelbare Folge war der Einsatz von DDR-Soldaten bei dem Raubzug der neuen Zaren in Angola. Dort hatten die russischen Sozialimperialisten nicht nur kubanische Truppen, sondern auch Ausbilder und Offiziere aus der DDR eingesetzt, um in Angola ihren Machteinfluß zu sichern. Und es waren unter anderem DDR-Schiffe, die Waffen und Versorgung für die militärische Aggression gegen das angolanische Volk nach Afrika brachten. Auch bei der Unterwanderung anderer Entwicklungsländer – vor allem durch Kredite und Wirtschaftsabkommen – spielt die DDR, wie die Honecker-Clique selbst offen bekennt, eine immer größere Rolle, die dem Einfluß und der Macht des russischen Sozialimperialismus in der Welt dient.

Seit Abschluß des „Freundschaftsvertrages" haben die russischen Sozialimperialisten die DDR in jeder Hinsicht einer noch stärkeren Knechtschaft unterworfen. Doch während sie den ersten Jahrestag dieses Abkommens noch gemeinsam mit ihren Vasallen in Ostberlin feiern, formieren sich die Reihen ihrer ärgsten Feinde immer enger: Die Werktätigen in der DDR erkennen immer klarer, daß diese neuen Zaren im Kreml nicht Freunde, sondern Ausbeuter, Plünderer und Besatzer sind, gegen die der Kampf auf Leben und Tod geführt werden muß. Der Haß der Arbeiterklasse in der DDR gegen den russischen Sozialimperialismus ist mit verstärkter Ausbeutung und Unterdrückung weiter angewachsen. Vor allem aber hat die Arbeiterklasse auch in der DDR an ihrer Spitze wieder einen Kampfstab, der es ihr ermöglichen wird, in der erneuten proletarischen Revolution, die Herrschaft der russischen Sozialimperialisten und ihrer Ostberliner Vasallen, die Honecker und Stoph, in der DDR zu stürzen: die Sektion DDR der KPD/ML. Unter ihrer Führung wird die Arbeiterklasse die Träume des russischen Sozialimperialismus, auf „immer und unwiderruflich" die DDR sich unterworfen zu haben, zerschlagen.

Offen gesagt ...

Ein Skandal

Wie verlogen die bürgerlichen Wahlen sind, dafür ist der „Skandal Osswald" ein vielsagendes Beispiel: Punkt 18 Uhr am Wahlsonntag nahm Hessens Ministerpräsident Osswald seinen Hut. Die Stimmen für die SPD waren ja abgegeben – nun konnte man zugeben, was sich nicht mehr dementieren ließ: Osswald trat zurück, weil er als Beiratsvorsitzender der Hessischen Landesbank (HLB) in einen finsteren Bankskandal verwickelt war.

Was sich für die Werktätigen aber bei diesem Skandal zeigt, ist, daß in der Tat übelstes Gangstertum und Regierungsposten nicht etwa zweierlei sind, sondern zusammengehören wie Topf und Deckel. So kaufte Osswalds HLB sich zum Beispiel in die Banque Credit International (BCI) in Genf ein, deren Präsident Rosenbaum selbst in Bankkreisen noch als Gangster angesehen wird. So ließen US-Behörden – bei Banken sonst nicht gerade pingelig – das Institut beschatten. Sie mutmaßen, daß dort der Steuer hinterzogene Mafiagelder lagern. Für Osswalds HLB kein Grund, sich nicht in die Bank einzukaufen. Schon bei dem Einkauf in die Bank aber verschwand Geld: Als das Geschäft zwischen beiden Banken praktisch schon perfekt war, wurde ein Vermittlungsbüro für den Geschäftsabschluß eingesetzt, dem eine Provision von 500 000 DM gezahlt werden sollte. Eine überflüssige Geldausgabe? Keineswegs, vielmehr bekam das Vermittlungsbüro nur einen Teil der Provision – der Rest aber verschwand offensichtlich mit Einverständnis aller – auf unerklärliche Weise. Auf unerklärliche Weise, seitdem ein führender SPD-Funktionär in den Aktenräumen der HLB gewühlt hat und die Akten verschwunden sind.

Doch damit nicht genug. Osswald wurde der Antrag gemacht, in dieser Mafia-Bank Beiratsvorsitzender zu werden. Er konnte „Geschäftsreisen" nach den Bahamas, nach Mexiko, nach den USA, nach Israel, England usw. mit reichlichen Spesen unternehmen. Als Antrittsgeschenk erhielt er neben einer goldenen Uhr gleich zweimal 50 000 DM überreicht. Noch bis zum Wahltag behauptete Osswald, es habe sich dabei um ein Darlehen für den SPD-Wahlkampf gehandelt. Doch die Tatsachen sprechen aus einem Brief des HLB-Präsidenten an Osswald: „Außerdem hat sich Herr Rosenbaum als großzügiger Stifter erwiesen. Er führt Ihrem Spezialfonds eine kleine Spende zu, über die Sie persönlich verfügen können . . ." Diese „kleine Spende" – heißt es in Genfer Bankkreisen – habe tatsächlich 250 000 Dollar betragen. In Israel spricht man sogar von einer halben Million Dollar. Im Gegenzug dafür deckte Osswald mit seinem Namen als Ministerpräsident dann Bestechungsskandale der BCI-Bank bei Bauprojekten in Italien, finstere Geldtransaktionen, Schiebereien und anderes. All das wäre für die Herren vom Finanzkapital das Natürlichste von der Welt gewesen, wenn diese BCI-Bank des Herrn Rosenbaum nicht bankrott gemacht und Millionen-Forderungen an die Hessische Mutterbank gestellt hätte. Ein Gesamtdefizit von 2,3 Mrd. DM – das war den Finanzkapitalisten der Hessischen Landesbank zuviel, zumal die Tatsachen Osswald immer mehr bloßstellten. So ließen sie ihn fallen wie eine heiße Kartoffel.

Er mußte gehen, am Wahlsonntag um 18 Uhr, nachdem die Wahllokale geschlossen, der Volksbetrug für die nächsten vier Jahre gelaufen war. Osswald ist in der Tat ein gutes Beispiel dafür, was tatsächlich hinter diesen bürgerlichen Politikern – ob sie nun Schmidt, Kohl oder Strauß heißen – steckt: Betrüger und Gangster, die das Geschäft des Finanzkapitals betreiben. Er ist ein treffendes Beispiel für die Feststellung der Partei vor den Wahlen: daß die Wahlen im Kapitalismus ein einziges großes Betrugsmanöver am werktätigen Volk sind.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

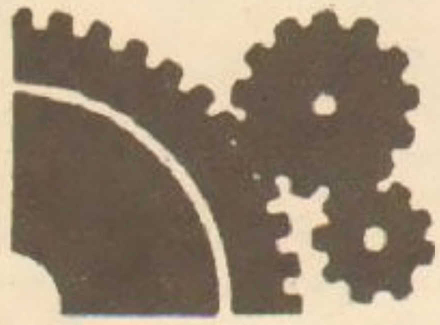
ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26 Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

D'K'P-Propaganda im Fernsehen

Liebe Genossen!

Am Montag habe ich mir im Fernsehen den Film „Wie harmlos ist PVC?" angesehen. Zuerst fand ich ihn ja ganz gut. Er berichtete über das hochgiftige Vinylchlorgas, das bei der Herstellung und Weiterverarbeitung von Polyvinylchlorid-Kunststoff (PVC) entsteht. Am Beispiel der Firma Dynamit Nobel in Troisdorf wurde anschaulich geschildert, wie die Gesundheit der Arbeiter in diesem Betrieb systematisch ruiniert wird. Bis zum Jahre 1973 waren über 50 Kollegen an der unheilbaren Vinylchlorid-Krankheit erkrankt und mehrere sogar daran gestorben. Von der Krankheit werden Haut, Knochen, die Blutgefäße und das Blut, Milz, die Lungen, Augen und die Nerven befallen und Leberkrebs verursacht. Arbeiter zeigten ihre Hände, deren Finger immer kürzer werden, weil sich die Knochen langsam auflösen. Aber nicht nur die Arbeiter im Betrieb sind gefährdet, sondern auch die Bevölkerung der anliegenden Wohngebiete, weil aus den Fabriken einfach Vinylchlorid-Gas in die Luft abgeleitet wird. Als plötzlich mehrere Anwohner eines PVC-verarbeitenden Betriebes an einem seltenen Blasenkrebs erkrankten, siehe da, wer trat da plötzlich in Erscheinung? Die D„K"P! Sie stellte in der betroffenen Straße Meßwagen auf und stellte fest, daß sich in der Luft ein unzulässiger und gefährlicher Vinylchlorid-Gas-Anteil befand. Damit fing es an. Dann holte sie sich einen CDU-Stadtrat, stellte ihn neben den Meßwagen unter das deutlich hervorgehobene D„K"P-Schild und ließ ihn von dem Filmemacher interviewen.

Und nun hörte man aus dessen Mund ganz ungewohnte Töne, bescheinigte er doch der D„K"P, daß sie mit ihren Messungen schon immer recht gehabt habe und nur durch antikommunistische Hetzer verleumdet worden sei. Jetzt wo deutlich wurde, daß die D„K"P-Revisionisten ihre schmutzigen Hände in diesem Film drinhatten, habe ich natürlich die Ohren gespitzt. Ihre Regieführung war am Schluß des Filmes unübersehbar. Hier wies der Film nämlich darauf hin, daß nicht nur Arbeiter und Anwohner PVC-herstellender und weiterverarbeitender Betriebe gefährdet seien, sondern die gesamte Bevölkerung. Aus PVC-Kunststoff sind nämlich fast alle Verpackungen unserer Lebensmittel und das gefährliche Vinylchlorid-Gas wird von der Verpackung an seinen Inhalt weitergegeben. Von Kommunisten hätte man nun erwartet, daß sie den Kunststoff-Kapitalisten den Kampf ansagen und die Beispiele aus dem Film als Beweis für die Tatsache angeführt haben, daß diese Herren wissentlich die Gesundheit der Bevölkerung gefährden und in ihrer Profitgier über Leichen gehen. Nicht so die D„K"P! **Der Film endet mit dem Rat: Kaufen Sie keine Lebensmittel in diesen Kunststoff-Verpackungen, wer es dennoch tut, ist selber schuld! Viele Lebensmittel bleiben da allerdings nicht übrig und von denen kann man nicht so einfach behaupten, es seien keinerlei gesundheitsgefährdende Substanzen vorhanden. Also hätten sie doch gleich dazu aufrufen können, freiwillig auf Essen und Trinken zu verzichten!**

Rot Front,
eine Genossin aus Dortmund

Unterschriftenliste für einen Mittagessenausschuß!

Liebe Genossen!

Für die ca. 110 Beschäftigten der Firma Coop in Reutlingen (Lager, Metzgerei, Konditorei, Supermarkt) gibt es weder eine Kantine noch einen Mittagessenzuschuß (um in einer Gaststätte Mittagessen zu können). Wer täglich in der Kleinküche des Supermarktes ein warmes Essen kaufen möchte, muß in der Woche zwischen 30 DM und 40 DM bezahlen.

Der Zuschuß zum Mittagessen wurde vor ungefähr zwölf Jahren gestrichen. Begründung: einige Kollegen hätten den Zuschuß „mißbraucht", indem sie dafür Schokolade gekauft hätten oder die Marken bis zum Wochenende behalten hätten und sich dann ein großes Essen dafür gekauft hätten. Dieses „Argument" der Geschäftsleitung diente lediglich zur Bemäntelung der Profitgier der Coop-Kapitalisten und sollte die Kollegen gegeneinander aufhetzen.

Damit ist jetzt aber Schluß. 73 Kollegen gaben ihre Unterschrift unter eine Resolution (nur die Kollegen der Metzgerei wollten nicht unterschreiben, weil sie eine Art Essenszuschuß in Form von Wurst bekommen). Die restlichen Abteilungen unterschrieben geschlossen bis auf zwei Mann.

Und der Betriebsrat?

Er, der früher mit eben jenem berüchtigten „Argument" der Geschäftsleitung hausieren ging und damit die Entschlußkraft der Kollegen unterminierte, kommt heute und sagt: „Wir haben aber in dieser Sache auch schon einige Anträge gestellt, nicht, daß ihr denkt, wir tun nichts für euch!" Na ja, nun haben sie gesehen, die Kollegen machen es ohne sie und schon fürchten sie, der Zug fährt ohne sie ab! Aber ihr miserables Ansehen unter den Kollegen können sie mit solchen Sprüchen auch nicht aufbessern.

Im übrigen heißt es aufgepaßt: Betriebsrat und Geschäftsleitung können den Erfolg unserer Forderung immer noch verhindern, zumindest hinauszögern! Eines steht aber jetzt schon fest: Früher hieß es oft unter den Kollegen: „Die Leute hier bekommst du doch nie unter einen Hut." Das ist jetzt durch Tatsachen widerlegt. Und was noch wichtiger ist: Es hat sich gezeigt, daß die Partei in einer solchen kämpferischen Situation offenere Ohren bei den Kollegen findet. Ihr Ansehen wächst. Das zeigte sich beim Vertrieb der Grundsatzerklärung, des Wahlflugblattes und des „Roten Morgen".

Rot Front,
ein Genosse aus Reutlingen

Betriebsleiter reißt Mao-Bild ab

Liebe Genossen!

Als zum Tode des Genossen Mao Tsetung von der Partei vor Thyssen-Brackwede ein Flugblatt verteilt wurde, nahmen dies die Kollegen mit großem Interesse entgegen.

Welch großes Interesse der Genosse Mao bei der deutschen Arbeiterklasse genießt, sieht man daran, daß die Kollegen aus dem Werkzeugbau das Bild des Genossen Mao Tsetung an eine Aushängetafel weithin sichtbar anbrachten.

Den Thyssen-Kapitalisten war das jedoch ein Dorn im Auge. Der Betriebsleiter des Werkzeugbaus Sczyrba, der sich sonst immer so liberal gibt, riß das Bild eigenhändig ab.

Die Kollegen waren sehr empört darüber. „Jetzt zum Wahlkampf hängt bei manchen von der SPD oder anderen Parteien was an den Maschinen, da sagt keiner was, aber das Bild von Mao, der für das chinesische Volk viel geleistet hat, das wird abgerissen!"

Rot Front,
ein Genosse von Thyssen-Brackwede

Empörung und Widerstand gegen die DGB-Bosse

Fortsetzung von Seite 1

hatten immer wieder versucht, den Kampf zu verhindern und abzuwürgen. Nach außen hin haben sie die radikalen Kämpfer markiert, während sie jedoch hinter dem Rücken der Arbeiter alles versuchten, um die Kampffront zu schwächen und von innen her zu zersetzen (Taktik des Schwerpunktstreiks usw.). Sie hatten dann heimtückisch der Kampffront den Dolchstoß von hinten versetzt und den 6%-Lohnraubabschluß mit den Kapitalistenvertretern vereinbart, der in keinem Verhältnis zu der Kampfkraft stand, die die Druckereiarbeiter an den Tag gelegt hatten. Nach diesem hinterhältigen Verrat besaß der Vorstand der IG Druck und Papier auch noch die Unverfrorenheit, die Erhebung eines zusätzlichen (13.) Monatsbeitrages zu beschließen, weil angeblich durch den Streik die „Streikkassen" leer seien. Noch wurde jedoch dieser Sonderbeitrag nicht eingezogen.

Der unmittelbare Anlaß für die Massenaustritte bei Gruner und Jahr war, daß nach dem Druckerstreik den Kollegen der unteren Lohngruppen, also den ungelernten Arbeitern, der Beitrag erhöht worden war. Begründung: Sie seien durch die Lohnerhöhung um eine Beitragsklasse höher gerutscht. Ein Vertrauensmann, der bis jetzt noch nicht ausgetreten ist, weil er von dieser Erhöhung nicht betroffen ist, erklärte vor dem Werkstor gegenüber einem Genossen unserer Partei: „Wenn der 13. Monatsbeitrag tatsächlich eingezogen werden sollte, dann trete ich auch aus."

Nachdem wir gehört hatten, daß es bei Gruner und Jahr zu Massenaustritten gekommen war, riefen wir im Betriebsratsbüro von Gruner und Jahr in Itzehoe an, um Informationen über die genaueren Umstände zu erhalten. Da die arbeiterverräterischen Betriebsräte und die Gewerkschaftsbonzen an die revolutionäre Presse gewöhnlich keine Informationen herausgeben, gaben wir uns am Telefon als eine bekannte bürgerliche Tageszeitung aus. Es meldete sich der Herr Bruch, freigestellter Betriebsrat und gleichzeitig Mitglied der Verwaltungsstelle der IG Druck und Papier. Wie sehr den Arbeiterverrätern und Bonzen durch die geschlossene Austrittsbewegung der Schrecken in die Glieder gefahren war, zeigen die Worte von Bruch: „. . . urplötzlich lagen da Listen auf dem Tisch und ruckzuck ging das; das war also innerhalb von zwei Tagen."

Betriebsrat Bruch „packt aus"

Und weil Bruch im Glauben war, mit einem reaktionären bürgerlichen Journalisten zu sprechen, machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube: Die ausgetretenen Kollegen bezeichnete er als eine *„Meute"*, die *„in blinder Unzufriedenheit wie eine dumme Herde hinter einigen Leithammeln bergerannt"* sei. Er hielt es auch für angebracht, den vermeintlichen Gesprächspartner darüber aufzuklären, daß die ungelernten Arbeiter, *„Hilfskräfte"* nannte er sie, überhaupt nicht nur bei Gruner und Jahr, eine primitive Masse seien, die nur aus Herdentrieb in die Gewerkschaft eingetreten sei. Bruch verbarg nicht im geringsten seinen Haß und seine ungeheuerliche , zynische Verachtung gegenüber der Arbeiterklasse.

Die Worte des Betriebsrats- und Gewerkschaftsbonzen Bruch zeigen, wie berechtigt die Empörung in der Arbeiterklasse gegenüber dem Bonzenapparat ist. Und machen wir uns nichts vor: Bruch ist ein ganz gewöhnlicher Vertreter der mittleren Funktionärsschicht des DGB-Apparates. Die anderen sind – bis auf Ausnahmen vielleicht – nicht besser und erst recht natürlich nicht die Oberbonzen wie Vetter, Loderer, Kluncker, Mahlein usw. Die letzteren sind ja schließlich längst schon selbst Kapitalisten geworden. Bekanntlich sitzen Leute wie Vetter und Loderer als „Mitbestimmer" in mehreren Aufsichtsratsgremien und Konzernvorständen der großen Monopole gleichzeitig. Bekanntlich verfügen sie selbst über einen der größten Konzerne der Bundesrepublik, zu dem unter anderem die Bank für Gemeinwirtschaft, die Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat", die Einzelhandelskette „Coop" und eine Reihe anderer Großunternehmen gehören.



Betriebszeitungen der Partei rufen die Kollegen zum Kampf gegen die Erhöhungen der Gewerkschaftsbeiträge auf.

Der DGB-Apparat gehört dem Finanzkapital

Sicher, die meisten dieser DGB-Bonzen stammen aus der Arbeiterklasse. Und als „Arbeitnehmervertreter" hauen sie des öfteren mächtig auf die Pauke, spielen sie den erbitterten Gegner der Kapitalisten, um dadurch den Arbeitern und kleinen Angestellten die Illusion zu vermitteln, sie würden ihre Interessen vertreten. **Aber nichtsdestoweniger gehören sie selbst zur Kapitalistenklasse. Und der DGB-Apparat insgesamt ist völlig verwachsen und verfilzt zum einen mit dem Finanzkapital, mit den Banken und industriellen Großunternehmen, zum anderen aber auch mit dem kapitalistischen Staatsapparat, mit den bürgerlichen Parteien (vor allem natürlich mit der SPD), mit den Behörden und staatlichen Verwaltungs- und Regierungsorganen auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene.** Die Bonzen sitzen in Ministersesseln, haben Bundestagsmandate und beispielsweise bescheinigt einem vor dem Arbeitsgericht neben dem Berufsrichter auch ein DGB-Vertreter, daß die Entlassung rechtmäßig war.

Man kann diesen Bonzenapparat der DGB-Gewerkschaften nicht erobern und in den Dienst der Arbeiterklasse stellen. Man kann ihn nicht zu einem Kampfinstrument gegen das Kapital umwandeln, wie uns zum Beispiel die D„K"P-Revisionisten weißmachen wollen.

Aber brauchen denn die Arbeiter nicht Gewerkschaften? Brauchen wir sie nicht, um uns gegen die Angriffe der Kapitalisten zu wehren und um den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Kapitalismus vorantreiben zu können? Das ist richtig, und die meisten Kollegen spüren diese Notwendigkeit. Aber die Arbeiter brauchen eben andere Gewerkschaften, keine Gewerkschaften, die von einem durch und durch reaktionären, von einem kapitalistischen Bonzenapparat beherrscht werden. Die Arbeiter brauchen eine Gewerkschaft, die den Kapitalismus kompromißlos ablehnt und bekämpft, eine revolutionäre Gewerkschaft, die den Kampf für die Tagesinteressen der Arbeiter, den Kampf für mehr Lohn, den Kampf gegen Rationalisierungen, Stillegungen und Entlassungen ohne jegliche Rücksicht auf die „wirtschaftliche Vernunft" des kapitalistischen Ausbeutersystems führt, eine Gewerkschaft, die kompromißlos jede Art von „Klassenzusammenarbeit" und „sozialem Frieden" ablehnt. Mit einem Wort: eine revolutionäre Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft, die nicht die Verteidigung sondern den Sturz des Kapitalismus, den revolutionären Klassenkampf zum Prinzip macht. Aber eine solche Gewerkschaft existiert heute nicht.

Und jetzt einfach eine zu gründen, wäre falsch, denn was würde dabei herauskommen? Eine verschwindend kleine Minderheit der Arbeiterklasse würde sich in dieser neuen, wie Lenin einmal ironisch sagte „blitzsauberen", Gewerkschaft organisieren. Die Kollegen, die am klarsten die Rolle des DGB durchschauen, würden ihren eigenen Verein aufmachen, aber Millionen DGB-Mitglieder, die große Mehrheit der Arbeiterklasse, bliebe weiterhin in den Klauen des DGB-Apparates. Ein solcher Schritt würde also keineswegs die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse vorantreiben.

Für eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Deshalb müssen wir sowohl innerhalb wie auch außerhalb der bestehenden Gewerkschaften die Kollegen für den revolutionären Klassenkampf und gegen den reaktionären DGB-Apparat zusammenschließen. Wir müssen dafür kämpfen, daß auf lange Sicht dieser Bonzenapparat völlig von den Massen isoliert ist, das heißt: die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen.

Aus all dem ergibt sich, daß die Taktik des Massenaustritts aus der Gewerkschaft als Form des Widerstands nicht unbedingt befürwortet werden kann. Sicher war sie als Protestaktion, die geschlossen und in organisierter Form von Hunderten von Kollegen durchgeführt wurde, eine gute Sache, ein Schlag in das Gesicht der Bonzen und ein Ausdruck des gerechten Hasses der Arbeiter auf diese Feinde der Arbeiterklasse. Aber im Hinblick auf den Aufbau der RGO ist es besser, wenn die Kampfformen gegen den Bonzenapparat darauf abzielen, daß die revolutionären und klassenbewußten Arbeiter in der Gewerkschaft bleinen sollten, um auch dort den Apparat anzugreifen und um die revolutionäre Einheit auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften voranzutreiben. In diesem Sinne muß der Kampf gegen die Beitragserhöhungen entschlossen weitergeführt und organisiert werden.

Rede des Vertreters der VR Albanien vor der UNO

Das albanische Volk wird die Verbrechen der Nazibesatzer niemals vergessen

Vor kurzem hat in New York die 31. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen begonnen. Während der Debatte hielt am 4. Oktober auch der stellvertretende Außenminister und Leiter der Delegation der Volksrepublik Albanien, Genosse Reis Malile, eine Rede. Aus dieser Rede, in der Genosse Reis Malile unter anderem auch auf das Verhältnis der Deutschen Bundesrepublik gegenüber der VR Albanien eingeht, veröffentlichen wir im folgenden Auszüge.

„In der Zeitspanne, die uns von der zurückliegenden Sitzung der UNO-Vollversammlung trennt", sagte der Leiter der albanischen Delegation, Reis Malile, „sind in der Welt viele Ereignisse geschehen, die Zeugnis ablegen von den sich zunehmend verschärfenden und vertiefenden Widersprüchen und Zusammenstößen zwischen den freiheitsliebenden Völkern und Ländern auf der einen Seite und Imperialismus und Reaktion auf der anderen. Trotz der bedeutenden Siege, die die Völker und souveränen Staaten errungen haben, und der ständigen Niederlagen, die die imperialistischen Mächte und die anderen reaktionären Kräfte erlitten haben, bleibt die Lage in der Welt stets explosiv und kompliziert. Zahlreiche Gefahren bedrohen die Völker, den Frieden und die allgemeine Sicherheit. Eine Anzahl wichtiger internationaler Probleme hat keine Lösung gefunden. In verschiedenen Regionen existieren Krisen und Spannungsherde, und zu den alten Konflikten kommen neue hinzu. Viele Völker und Länder sind noch immer Opfer der ausländischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft, der imperialistischen, kolonialistischen und neokolonialistischen Ausbeutung, der grausamen Rassendiskriminierung und der brutalen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Ständig vertieft sich die Wirtschafts- und Finanzkrise, die die kapitalistischen Länder und die von der revisionistischen neuen Bourgeoisie beherrschten Länder erfaßt hat. Diese Krise lastet nicht nur immer schwerer auf dem Rücken der werktätigen Massen in den direkt von ihr betroffenen Ländern, sondern auch auf vielen anderen Ländern, besonders den Entwicklungsländern. Die Vertiefung dieser Krise geht mit der unaufhörlichen Verschärfung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Widersprüche im internationalen Maßstab einher und schafft ernste Gefahren für den Ausbruch von Aggressionskriegen und großen Weltbränden.

Die Hauptquelle aller die Völker bedrohenden Gefahren, der in der Welt bestehenden Spannungen und Unsicherheit ist die Aggressions- und Hegemoniepolitik, die die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten betreiben. Der Verlauf der Ereignisse, die komplizierte Situation in Europa und im Nahen Osten, die Tragödie im Libanon, die am palästinensischen Volk begangenen Verbrechen, die zugespitzte Lage auf Zypern und die erhöhte Spannung im Mittelmeer, die Konflikte und Streitigkeiten in Afrika und anderen Gegenden der Welt zeigen, daß die beiden imperialistischen Supermächte ihre Rivalität und ihre Schachereien und Kombinationen unaufhörlich intensivieren, um die Welt zu beherrschen, ihre Einflußbereiche aufrechtzuerhalten und zu erweitern, die souveränen Staaten ihrer Kontrolle und Vormundschaft zu unterstellen. Sie reden lang und breit von Abrüstung, von Reduzierung der Streitkräfte, und posaunen lauthals die Farce der SALT-Verhandlungen, der Wiener Verhandlungen und allerlei andere Vorschläge zu internationalen Konferenzen und Versammlungen über diese Probleme aus, und setzen gleichzeitig stur das hemmungslose Wettrüsten fort, vergrößern die Kriegsarsenale, perfektionieren alle Waffengattungen, blähen maßlos die Militäretats auf und überziehen den ganzen Globus mit ihren See- und Luftkriegsflotten, mit ihren Militärstützpunkten und Armeen. Die USA und die Sowjetunion sind die größten Waffenhändler, die die Geschichte kennt. Es gibt keinen Kontinent und keine Region auf der Welt, es gibt keine Konflikte und Unruheherde, wo die beiden imperialistischen Supermächte nicht ihre Hand im Spiel hätten, es gibt kein wichtiges internationales Problem, wo sie nicht versuchten, die Rolle des Schiedsrichters zu spielen und ihren Willen zu diktieren."

Auf die Ergebnisse der sogenannten „Europäischen Sicherheitskonferenz" eingehend, sagte der Leiter der albanischen Delegation:

„Das Leben hat bestätigt, daß der 1. Jahrestag dieser Konferenz ruhmlos abgeschlossen wurde. Wie erwartet, blieb das, was auf dieser Konferenz abgezeichnet wurde, lediglich auf dem Papier. Nichts wurde mit Leben erfüllt, und es gibt auch nichts, um es in die Tat umzusetzen, da alles außerhalb der europäischen Realität ausgeheckt wurde. **Im Europa nach Helsinki haben die Gefahren für die nationale Unabhängigkeit und die Sicherheit der europäischen Völker nicht ab-, sondern zugenommen. Die Unsicherheit ist noch größer.** Die Militärstützpunkte der beiden Supermächte, die aggressiven Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes blieben unangetastet, und unter dem Deckmantel, sich jeweils voreinander zu verteidigen und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, vergrößerten die USA und die UdSSR ihre Anstrengungen, um sich neue Stützpunkte zu verschaffen, ihre aggressiven Blöcke zu verstärken, indem sie zugleich versuchten, andere Staaten dafür einzuspannen. Die Militärmanöver der NATO und des Warschauer Paktes wurden häufiger und bedrohlicher. Die Militärmanöver imperialistischer Mächte waren und sind stets das Vorspiel zu Aggressionen. Es ist eine reine Illusion mit sogar gefährlichen Folgen, zu denken und zu glauben, es genüge, die Beschlüsse von Helsinki über die Vorankündigung von Manövern und die Entsendung von Beobachtern der jeweiligen Seite anzuwenden, damit sich ihre Gefährlichkeit verringere und die Möglichkeit des Krieges und der Aggression ausgeschaltet würde.

Die Haltung der Volksrepublik Albanien zur Frage der europäischen Sicherheit ist wohlbekannt. Die albanische Delegation möchte erneut betonen, daß der Friede und die wirkliche Sicherheit in Europa nicht verwirklicht werden können, ohne wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahren zu beseitigen, die den europäischen Völkern durch die aggressive Politik der beiden Supermächte drohen, und um die bestehende Situation auf diesem Kontinent zu verändern. In erster Linie erfordert dies, die aggressiven Blökke der NATO und des Warschauer Paktes aufzulösen, die amerikanischen und sowjetischen Truppen von dem Territorium der europäischen Länder abzuziehen, alle Militärstützpunkte der beiden Supermächte zu schleifen, ihre Militärmanöver in der Nähe der Grenzen souveräner europäischer Länder zu verbieten und ihre Kriegsflotten aus dem Mittelmeer zu entfernen. Jede Illusion über den Wert der in Helsinki gebilligten Beschlüsse, weit davon entfernt, dem Frieden und der europäischen Sicherheit zu dienen, wird von den beiden Supermächten zum Schaden der Lebensinteressen der Völker Europas ausgenutzt werden.

Den Rummel um die sogenannte „Entspannung", die Dokumente und den Geist der „Europäischen Sicherheitskonferenz" versuchen die beiden Supermächte und einige andere reaktionäre Kräfte auch als Mittel auszunutzen, um eine Reihe seit Beendigung des 2. Weltkrieges ungelöst gebliebener Fragen vergessen zu machen und den europäischen Völkern das Recht abzustreiten, daß sie die Lösung dieser Fragen verlangen.

Aus dieser Situation will auch die Deutsche Bundesrepublik ihre Vorteile herausschlagen. Im Windschatten der Rivalität der USA und der Sowjetunion versucht sie, sich als erstrangige Macht in Europa durchzusetzen. Von Jahr zu Jahr haben die Regierungen dieses Landes ihre Anstrengungen vergrößert, die Deutsche Bundesrepublik auf die Bühne der Geschichte zu bringen, ohne den Verpflichtungen nachzukommen, die ihr auferlegt sind, da Deutschland nach der Zerschlagung des Hitler — Nazismus durch die Völker der antifaschistischen Koalition aus dem 2. Weltkrieg als besiegter Staat hervorging.

Die albanische Regierung hat seit langem und in vielen Fällen und Dokumenten ihre Ansichten zu dieser Frage klargemacht, die sie auch in dieser Versammlung vor drei Jahren unterbreitet hat, als es um die Aufnahme der beiden deutschen Staaten als UNO-Mitgliedsländer ging. Die albanische Delegation hält es für notwendig, erneut hervorzuheben, daß die Deutsche Bundesrepublik große Verpflichtungen und Schulden gegenüber dem albanischen Volk aufgrund der zahlreichen barbarischen Verbrechen und der ungeheuren Schäden und Verwüstungen hat, die die deutschen Nazibesatzer im 2. Weltkrieg in Albanien begangen und angerichtet haben. Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat unlängst der Deutschen Bundesrepublik abermals die Forderung nach Zahlung der Kriegsreparationen unterbreitet. Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik hat bis heute nicht nur keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die Rechte der Volksrepublik Albanien im Zusammenhang mit den Kriegsreparationen anzuerkennen, sondern, sich auf völlig haltlose Ausflüchte berufend versuchte sie, ihr diese Rechte abzustreiten. **Das ist eine weitere feindselige Haltung, die sie gegenüber dem albanischen Volk einnimmt, das unweigerlich die Grausamkeiten und Massaker in Erinnerung behält, die die deutschen Nazis während des 2. Weltkrieges in Albanien begangen haben.** Auf diesem Weg gehend, tut die Regierung der Deutschen Bundesrepublik nichts anderes, als sich selbst die größte Verantwortung aufzuladen. Die Volksrepublik Albanien wird niemals auf ihre unwiderlegbaren und unverjährbaren legitimen Forderungen verzichten. Unter keinerlei Vorwand kann die Deutsche Bundesrepublik der Verantwortung ausweichen und sich der Verpflichtung entziehen, die ihr auferlegt sind. Die albanische Delegation erklärt erneut, daß es keinen anderen richtigen und annehmbaren Weg gibt, um dieses Problem zu lösen, als daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik ihre Haltung überprüft und möglichst schnell beginnt, der Volksrepublik Albanien die Kriegsreparationen zurückzuzahlen."

„Die sichtlich zunehmende Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion um Expansion und Vorherrschaft im Mittelmeer", fuhr Reis Malile fort, „macht die Lage in diesem Raum immer gespannter. Das Mittelmeer gehört den Mittelmeerländern, und die Völker dieser Länder wollen, daß das Mittelmeer zu einer Zone des Friedens und der Ruhe wird. Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat vor aller Welt ihre Ansicht erklärt, daß zur Erreichung dieses Zieles jedes Mittelmeerland sich entschlossen der Aggressionspolitik der USA und der Sowjetunion widersetzen muß, daß die Länder, in denen sie ihre Militärstützpunkte errichtet haben, diese auflösen müssen, und daß den amerikanischen und sowjetischen Flotten keinerlei Hafenvorrecht gewährt werden darf. Der Führer des albanischen Volkes, Genosse Enver Hoxha, hat gesagt: ***„Kein Vorwand kann aufrechterhalten werden, den Flotten der beiden Supermächte nicht nur zu erlauben, ständige Basen zu haben, sondern auch das Recht zuzugestehen, vor Anker zu gehen, repariert und versorgt zu werden. Das ist sehr gefährlich, sowohl für das Land, das diese Zugeständnisse gewährt, als auch für den Nachbarn. Mit diesen Forderungen können wir auf keinen Fall einverstanden sein."***

Auch auf der Balkanhalbinsel ist die Lage nicht ruhig. Und das ist hauptsächlich infolge der Hegemoniepolitik der USA und der Sowjetunion in diesem Raum der Fall. Die Interessen und die hohen Bestrebungen der Balkanvölker, in Freiheit und Souveränität, in Frieden und gegenseitiger Freundschaft zu leben, erfordern, daß jeglicher Einmischung der beiden Supermächte in ihre inneren Angelegenheiten entschlossen Widerstand entgegengesetzt wird. Keinesfalls darf es diesen gestattet werden, auf dem Balkan im Trüben zu fischen und irgendein Balkanland als Werkzeug und Brückenkopf für ihre aggressiven Pläne und Handlungen zu benutzen.

Die Volksrepublik Albanien, die treu und konsequent die Politik der guten Nachbarschaft verfolgt, hat nicht an Anstrengungen gespart, um zum Frieden und zur wirklichen Stabilität auf dem Balkan beizutragen. Sie hat durch konkrete Taten bewiesen, daß sie niemals zulassen wird, daß den Völkern der Nachbarländer und den übrigen Balkanvölkern von ihrem Territorium aus irgendein Unheil geschieht. Die Regierung der Volksrepublik Albanien hält an der Ansicht fest, daß gegenwärtig den Bestrebungen der Balkanvölker am besten gedient werden kann, indem die Beziehungen zwischen den Balkanländern auf bilateralem Weg und im Geist der Politik der guten Nachbarschaft entwickelt werden.

Eine besondere Bedeutung für den Frieden und die Stabilität auf dem Balkan und in seinem umliegenden Gebiet hat die richtige Lösung des Zypernproblems. Die albanische Regierung hat sich stets für die Existenz des freien und unabhängigen Staates Zypern ausgesprochen, für die Achtung seiner Souveränität und territorialen Integrität und für die Lösung des Zypernproblems durch die auf der Insel lebenden beiden Gemeinschaften selbst in Eintracht und gutem Einvernehmen miteinander. Wir verurteilen jede Einmischung der imperialistischen Mächte in die inneren Angelegenheiten Zyperns und die Pläne und Intrigen der USA und der Sowjetunion, die die Zypernfrage für ihre Hegemonieziele und ihre Hegemoniepolitik ausnutzen wollen.

„Die Ereignisse im Verlauf dieses Jahres im Nahen Osten", betonte der Leiter der albanischen Delegation, „haben infolge der fortgesetzten imperialistisch-zionistischen Aggression gegen die arabischen Völker zu einer weiteren Verschlechterung und Erschwerung der in diesem Raum entstandenen explosiven und gefährlichen Lage geführt. Diese Ereignisse bestätigen erneut, daß die beiden imperialistischen Supermächte und die israelischen Zionisten niemals auf ihre feindlichen Pläne gegenüber den arabischen Ländern verzichtet haben und es auch jetzt nicht tun. Heute zeigt es sich mit noch größerer Klarheit, daß die amerikanische Diplomatie der „schrittweisen Lösung" des Nahostproblems, der demagogische Rummel der sowjetischen Sozialimperialisten um die Einberufung der „Genfer Konferenz", das heuchlerische Lächeln und die scheinheiligen „Freundschafts"- und „Hilfs"versprechungen der beiden Supermächte für die arabischen Länder nichts anderes waren, als ein Rauchvorhang, um die Rivalität der beiden Supermächte im Nahen Osten, ihre Bemühungen zu verbergen, sich gegenseitig die Positionen zu untergraben und Komplotte und Intrigen gegen die arabischen Völker auszuhecken. Das klarste Beispiel für die gefährlichen Folgen dieser Tätigkeit finden wir heute in den tragischen Ereignissen im Libanon. Die beiden imperialistischen Supermächte provozieren und stacheln den bewaffneten Konflikt im Libanon an, um die Befreiungsbewegung des palästinensischen Volkes zu zerschlagen und die palästinensische Frage zu liquidieren, um die arabischen Völker zu spalten, sie in einen Krieg gegeneinander zu verwickeln, damit sie daran gehindert werden, ihre Kräfte an der Hauptfront des Kampfes zu vereinen, um die von den israelischen Zionisten besetzten arabischen Gebiete zu befreien und die beiden Supermächte aus dem Nahen Osten zu verjagen.

Das Jahr 1976 verzeichnete auch eine Verstärkung der Rivalität der beiden Supermächte in Afrika. Die hohen offiziellen Vertreter der amerikanischen Administration, die häufig kreuz und quer durch Afrika reisen und Vorbereitungen treffen, um auch hier ihre berüchtigte Diplomatie der „schrittweisen Lösung" in die Tat umzusetzen, beschwören den angeblichen „Druck", den die USA auf die Rassistenregime von Salisbury und Pretoria ausüben werden. Aber es ist gut bekannt, daß sie die eifrigsten Verteidiger dieser Rassistenregime und Feinde des Befreiungskampfes sind, den die Völker von Namibia, Azania und Simbabwe gegen die Rassendiskriminierung und gegen die Apartheid, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus führen. Die sowjetischen Sozialimperialisten wiederum vergessen nicht, sich in die Pose des „natürlichen Verbündeten" der Befreiungsbewegungen und der unabhängigen afrikanischen Länder zu werfen und „Hilfe" zu versprechen, „Berater" und „Spezialisten" anzubieten, um politisch, wirtschaftlich, ja sogar militärisch in möglichst viele afrikanische Länder einzudringen.

Das albanische Volk begrüßt die Erfolge, die die Völker und Entwicklungsländer in ihrem Kampf erzielt haben, mit der Plünderung und Ausbeutung durch die beiden Supermächte und andere imperialistische Mächte Schluß zu machen. Es unterstützt die gerechten Forderungen der Entwicklungsländer, das bestehende Ausbeutersystem in den internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ändern, ihre Bemühungen, ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu festigen, und die Maßnahmen, die sie ergreifen, um die Naturschätze und Vorkommen ihrer eigenen nationalen Kontrolle und Souveränität zu unterstellen zugunsten ihrer freien und unabhängigen Entwicklung."

Anzeige

Bildband erschienen:



88 Seiten, 68 großformatige Fotos, broschiert

zu bestellen bei:

GEWISO–BUCHVERTRIEB
Postfach 11 16 49, 2 Hamburg 11

Prozeß in Stammheim

Bundesanwälte fordern dreimal lebenslänglich

Im Stammheimer Prozeß gegen die Gefangenen aus der RAF forderte die Bundesanwaltschaft jetzt für die Angeklagten Andreas Baader, Gudrun Enßlin und Jan Karl Raspe je dreimal lebenslange Haft. Drei Tage lang lösten sich verschiedene Rechtsanwälte ab, um die Angeklagten zu gemeinen Kriminellen zu stempeln, die keinerlei politische Motive für ihre Taten gehabt hätten. „Eine verbrecherische kriminelle Bande" aus „gewöhnlichen, gänzlich unpolitischen Kriminellen", tönten sie. Die Angeklagten hätten eine „Terrorgang" gebildet, um „sich ein ihnen genehmes Leben zu ermöglichen"! Zu den Motiven sagte Bundesanwalt Holland: „Sie wollten es krachen hören."

Um ihr Lügengebäude von der „Kriminellen Vereinigung" zu untermauern, wurden den Angeklagten niedrige, eigennützige Motive unterstellt. Die Verteidiger und alle Menschen, die sich über diesen Schauprozeß empörten, wurden als „intellektuelle Sympathisanten der Terroristenszene" beschimpft. Besonders infam waren die Äußerungen des Bundesanwalts Widera, der mitverantwortlich ist für die Haftbedingungen, die Holger Meins und Ulrike Meinhof das Leben kosteten: Ulrike Meinhof, sagte er, sei von der Erkenntnis, daß „sie völlig unpolitischen Kriminellen aufgesessen sei, in Verzweiflung und Tod getrieben worden."

Aber gerade der Anschlag auf das Hauptquartier der amerikanischen Besatzertruppen in Westdeutschland auf dem Höhepunkt des verbrecherischen Krieges der US-Imperialisten in Vietnam, das Vorgehen der RAF gegen die höchsten Vertreter der bürgerlichen Klassenjustiz in Karlsruhe machen den politischen Charakter ihrer Taten klar. Unsere Partei, die KPD/ML, war es, die dabei auch immer wieder auf die Fehler der RAF hinwies, ihre Massenverachtung, ihr Glaube, stellvertretend für die Massen gegen den imperialistischen Staat erfolgreich kämpfen zu können. Daran ist die RAF schließlich auch gescheitert. Ihre Aktionen waren aber gegen den bürgerlichen Staatsapparat gerichtet und dafür will er sich heute rächen.

Der Prozeß in Stammheim erinnert in vielem an Schauprozesse aus früheren braunen Tagen: Der Richter, eigens für diesen Prozeß ausgewählt und auf den betreffenden Stuhl lanciert, schließt die Angeklagten nach Gutdünken von der Verhandlung aus oder läßt sie in Ketten vorführen. Die Verteidiger werden beschimpft und verleumdet, einige werden sogar ausgeschlossen und selbst angeklagt. Da werden sogar eigens zu diesem Prozeß neue Gesetze im Bundestag durchgepeitscht, die die wenigen Rechte der Angeklagten noch schmälern, die Verteidigung behindern und total überwachen sollen. In Stammheim wurde für zwei Millionen Mark eine Festung speziell für diesen Prozeß gebaut. In der Betonburg hinter Stacheldrahtrollen soll das Tun der bürgerlichen Klassenjustiz ungestört bleiben. Und mit Folter und jahrelanger totaler Isolation, mit mörderischen Haftbedingungen sollten die Angeklagten fertiggemacht werden. Holger Meins und Ulrike Meinhof haben das nicht überlebt. Um die anderen lebenslang im Gefängnis zu halten, stützt sich die Anklage vor allem auf gekaufte Zeugen. Da die sogenannten Indizien sehr schwach sind, wurden die Kronzeugen Dirk Hoff und Gerhard Müller präsentiert, die sogar zugaben, daß sie für ihre Aussagen von der Bourgeoisie bezahlt werden. Und gerade die Aussagen Müllers waren es, die im Zentrum des Plädoyers der Bundesanwaltschaft standen. Dieses gekaufte Subjekt ist der ganze Rückhalt der Anklage. „Diese Zeugen waren es," schrieb die „Frankfurter Allgemeine", „die der Anklage die wahren Triumphe ermöglichten."

Dieser Prozeß, das ist ganz klar, richtet sich nicht nur gegen die drei Angeklagten. Es ist ein Prozeß gegen die revolutionäre Gewalt. Hier will der bürgerliche Staatsapparat Stärke demonstrieren. Aber er zeigte nur sein wahres Gesicht. Rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Feinde dieses Staates, alle Feinde der kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung.

„Den größten Etikettenschwindel des Jahrzehnts", nannte einer der unverschämten Bundesanwälte **die politische Motivation der RAF. Wirklicher Etikettenschwindel ist allerdings, dieses Verfahren als Rechtsprechung im Namen des Volkes auszugeben. Und wenn die revolutionäre Gewalt vom Volke ausgeht, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Kampfpartei den bewaffneten Kampf für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates führt für die Diktatur des Proletariats, dann hat auch die letzte Stunde der bürgerlichen Klassenjustiz geschlagen.**

Wie eine Festung wurde dieses Gebäude extra für den Prozeß gegen die RAF gebaut. Es hat den Steuerzahler über 10 Millionen DM gekostet.

Prozeßbeginn gegen Zeitung der RHD

Freispruch für Dieter Kwoll!

Am 22. Oktober beginnt vor dem Amtsgericht in Dortmund (Zimmer 166, Beginn 9.30 Uhr) der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS (RHD), Genossen Dieter Kwoll. Worum geht es?

Angeklagt sind insgesamt fünf verschiedene Ausgaben der „Roten Hilfe". Und zwar deshalb, weil in ihnen die Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Günter Routhier nach dem brutalen Überfall der Polizei auf die Besucher der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner gegen die Mannesmann-Kapitalisten aufgedeckt wurde. Ein anderer Teil der Anklagen richtet sich gegen die Solidarität der „Roten Hilfe" mit dem „Roten Morgen", dem Zentralorgan unserer Partei. Als die Genossen Gernot Schubert, der ehemalige Verleger des „Roten Morgen", und die Genossin Karin Wagner, die ehemalige verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen" von der bürgerlichen Klassenjustiz zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hat die „Rote Hilfe" diese Urteile angeprangert, so wie sie vorher zum Kampf für den Freispruch der beiden Genossen und zum Kampf gegen die Zensur und Unterdrückung des Zentralorgans unserer Partei aufgerufen hatte.

Jetzt soll Genosse Dieter Kwoll dafür wegen Beleidigung der Duisburger Polizei (§ 185) und Verunglimpfung der Deutschen Bundesrepublik (§ 90 a) verurteilt werden. Das ist, innerhalb von vier Monaten, der zweite Schlag, den die bürgerliche Klassenjustiz gegen die RHD und ihre Zeitung landen will.

Bereits im Juli hatte die bürgerliche Klassenjustiz den Genossen Michael Banos vor Gericht gezerrt, der früher für zentrale Publikationen der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS presserechtlich verantwortlich war. Er wurde zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Schon damals hatte der Staatsanwalt in seinem Schlußplädoyer offen gesagt: „. . . er ist unverbesserlich, Bewährung kann es nicht mehr geben!" Auch mit dem neuen Prozeß will die bürgerliche Klassenjustiz die revolutionäre Arbeit der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS treffen, die die Solidarität mit allen politisch Verfolgten und Gefangenen organisiert.

Gegen den neuerlichen Angriff der Bourgeoisie auf die „Rote Hilfe" gilt es, den Kampf zu organisieren. Freiheit für Dieter Kwoll! Kommt zu dem Prozeß gegen den Genossen Dieter Kwoll! Kommt zur Veranstaltung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS am 16. Oktober in Dortmund, Jacobsschänke, Weissenburgerstr. 35, 17.00 Uhr.

Rote-Hilfe-Zeitung

monatlich erscheinende Zeitschrift, Organ der Roten Hilfe Deutschlands



Einzelausgabe 0,20 DM, Abonnementspreis für 1 Jahr: 6 DM (einschließlich Porto)

Zu bestellen bei:
Büro der Roten Hilfe Deutschlands, 46 Dortmund, Stollenstr. 12



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DUISBURG

Am 27. September hat vor dem Amtsgericht in Duisburg ein Prozeß gegen den Genossen Martin Tuschen stattgefunden. Genosse Martin ist einer der Zeugen des Polizeieinsatzes im Duisburger Arbeitsgericht, bei dem Genosse Günter Routhier ums Leben gekommen ist. Genosse Martin wurde beschuldigt, die „Roten Morgen" Nr. 34 und 40/1975 verkauft, ein Plakat zum Prozeß des Genossen Hanfried Brenner geklebt und ein Flugblatt der Partei zu mehreren politischen Prozessen verteilt zu haben. Die Anklage lautete auf Beleidigung der Duisburger Polizei (§ 185), auf Verunglimpfung der Deutschen Bundesrepublik (§ 90a) und auf „Volksverhetzung" (§ 130). In diesem Prozeß traten wiederum die berüchtigten Spitzel Schabronat, Riede und Schedlock auf, die allesamt beim Überfall der Polizei im Duisburger Arbeitsgericht auf die Genossen beteiligt waren. Das Urteil der bürgerlichen Klassenjustiz: eine Geldstrafe von 4 500 DM (entspricht 150 Tagessätzen) wegen der §§ 90 a, 130 und 185.

DUISBURG

Am 6. Oktober hat in Duisburg die Berufungsverhandlung gegen die Genossen Heidrun und Oluf Hübner vor dem Landgericht stattgefunden. Die Genossen waren von der bürgerlichen Klassenjustiz in erster Instanz zu 450 DM bzw. 3 000 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil sie angeblich den „Röhrenkieker", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann, und den „Roten Greifer", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen, verteilt haben. Die Anklage lautete auf Beleidigung der Duisburger Polizei (§ 185), auf Verunglimpfung der Deutschen Bundesrepublik (§ 90 a) und „Volksverhetzung" (§ 130). Die Genossen hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Gegen das Urteil der 1. Instanz gegen den Genossen Oluf hatte auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. In den beiden Ausgaben der Betriebszeitungen war die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier verbreitet worden. Dennoch lehnte die bürgerliche Klassenjustiz den Antrag der Verteidigung ab, das Verfahren bis zur Entscheidung über das Klageerzwingungsverfahren von Rotraud Routhier einzustellen. Auch diese beiden Genossen waren Zeugen des Einsatzes der Polizei gegen die Genossen im Duisburger Arbeitsgericht. Und auch in diesem Prozeß trat der Spitzel Schabronat gegen die Genossen auf. Das Urteil der bürgerlichen Klassenjustiz: Genosse Oluf wurde zu 6 000 DM Geldstrafe, die Genossin Heidrun zu 375 DM Geldstrafe verurteilt.

BOCHUM

Durch ein Flugblatt des Landesverbandes NRW der Partei zum Kölner Türkenprozeß fühlte sich Richter Somoskeoy beleidigt, weil die Verurteilung der vier türkischen Patrioten im Flugblatt als „Terrorurteil" entlarvt worden war. Genossin Marion Harries, ehemals presserechtlich Verantwortliche der Partei in NRW, wurde jetzt wegen Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung und einer zusätzlichen Geldstrafe von 500 DM verurteilt. Daß sie das Flugblatt verfaßt habe, stand für das Gericht fest, da, wie es behauptete, ihre Äußerungen vor Gericht fast wörtlich mit denen im Flugblatt übereinstimmten. Außerdem sei sie eine Wiederholungstäterin, und es habe sich gezeigt, daß Geldstrafen sie nicht davon abhalten, fortgesetzt andere zu beleidigen.

Im Plädoyer des Rechtsanwaltes wurde aus einem Bericht von Amnesty International zitiert, der ebenfalls ausdrückte, daß das Urteil im Türkenprozeß lediglich die Gesinnung der vier türkischen Angeklagten verurteile. – Der Zynismus des Gerichts: Die 500 DM Geldstrafe muß Genossin Marion an Amnesty International zahlen.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter
bitte einzahlen auf die Konten:
Vorstand der KPD/ML
–Spendenkonto–
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.–Nr.: 321 004 547 und
KPD/ML-Spendenkonto
Psch Kto. 6 420-467
Psch A Dtmd.
Stichwort: SOLIDARITÄT

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

DORTMUND

Am Dienstag, 19. 10., beginnt vor dem Dortmunder Amtsgericht (Zimmer 23, 9.30 Uhr) der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen für die Flugblätter und Betriebszeitungen der Partei in Dortmund, Genossen Peter Schulte. Die Anklage lautet auf Beleidigung (§ 185) und Verunglimpfung der Deutschen Bundesrepublik (§ 90 a). Angeklagt sind insgesamt neun Flugblätter und Betriebszeitungen der Partei. Dieser Prozeß wird am 21. 10. (Zimmer 23, 9.30 Uhr) fortgesetzt.

BIELEFELD

Ebenfalls am Dienstag, 19. 10., beginnt vor dem Landgericht Bielefeld (Zimmer 30, 9.00 Uhr) der Berufungsprozeß gegen die Genossen Wolfram Giese und andere. Die Genossen werden beschuldigt, Flugblätter zum Tod des Genossen Günter Routhier verteilt zu haben. Sie hatten gegen das Urteil der 1. Instanz Berufung eingelegt.

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

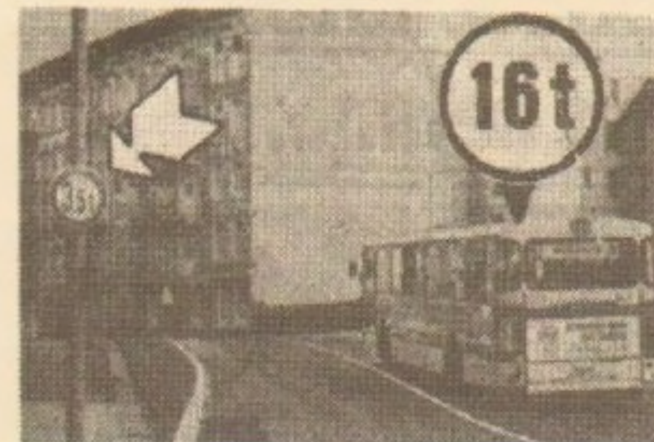
Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

In Hamburg-St. Pauli gibt es eine Brücke, die nach bürgerlichen Presseberichten schon längst hätte abgebrochen werden müssen. Über die Brücke, die 1887 erbaut wurde, altersschwach und stahlbrüchig ist, rollt Tag für Tag reger Verkehr. Besonders die Buslinie 188 ist durch den täglichen Verkehr der Werftarbeiter und sonntags durch den Fischmarkt sehr stark ausgelastet. Bürgerliche Experten haben die Belastbarkeit der Brücke auf 3,5 Tonnen beschränkt – ein Bus wiegt 16 Tonnen! Zynisch wurden an jeder Seite der Brücke Schilder aufgestellt, wo „3,5 t" draufsteht. Tagtäglich wird so bewußt in Kauf genommen, daß die Brücke einstürzt und daß Menschenleben in Gefahr gebracht werden.



Kommentar des Sprechers der Baubehörde, Bloß: „Wir haben kein Geld für eine neue Brücke. Die Busse dürfen nur mit 10 km/h über die Brücke fahren." Er fährt ja garantiert nicht über die Brücke. Mir wird jedesmal schlecht, ich bin auf die Buslinie angewiesen und mit mir viele andere Werktätige. Ich mache jetzt jedesmal, kurz bevor wir über die Brücke fahren, laut auf diesen einkalkulierten Mord aufmerksam. Bei solchen Diskussionen im Bus habe ich bisher zwei „Rote Morgen" verkauft.

Rot Front, eine Hamburger Genossin.

Spenden

Im September gingen folgende Spenden auf das Konto zur Unterstützung des „Roten Morgen" ein:

B.Z., Bochum	6.9.76	10,00 DM
W.H., München	6.9.76	70,00 DM
RM-Leser aus Marburg	9.9.76	22,40 DM
Kunden der Bücherbörse Kiel	13.9.76	132,41 DM
C.B., Dortmund	16.9.76	30,00 DM
G.J.R., Dänemark	18.9.76	5,00 DM
Gen. aus Münster	20.9.76	29,10 DM
T.Sch., Fulda	28.9.76	2,00 DM
Gesamt		300,91 DM

Aus aller Welt

ITALIEN

Ende September fanden in Rom und anderen Städten Italiens mächtige Demonstrationen gegen die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte, der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten, im Nahen Osten statt. Die Demonstranten, die zehntausende zählten, riefen viele Losungen, in denen die Einmischung der beiden Supermächte im Nahen Osten verurteilt wurden und die entschlossene Unterstützung für den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes bekundet wurden, das dafür kämpft, seine von den israelischen Zionisten geraubten Rechte wiederzuerlangen. Die Demonstranten trugen Transparente mit sich, auf denen stand: „Stehen wir an der Seite der palästinensischen Widerstandsbewegung im Kampf gegen die beiden Supermächte!" „Schluß mit der amerikanischen und sowjetischen Einmischung im Mittelmeer!" und „Die Supermächte müssen aus dem Mittelmeer verjagt werden!"

OMAN

In einem in den letzten Tagen veröffentlichten Kommunique geben die Patrioten des Oman neue kühne Aktionen gegen die Truppen des reaktionären Regimes von Sultan Qabus bekannt. Bei diesen Aktionen fügten sie ihnen Verluste an Soldaten und Schaden an Militärmaterial zu. Allein bei einer Aktion im Nordwesten von Dhofar setzten sie Dutzende reaktionäre einheimische und britische Soldaten außer Gefecht und erbeuteten eine beträchtliche Menge Militärmaterial. In dem Kommunique wird weiterhin berichtet, daß die Patrioten mit ihren mutigen Aktionen auch einige Operationen des Feindes zum Scheitern brachten. Abschließend bekundet das Kommunique erneut die Entschlossenheit der Patrioten des Oman, ihren Kampf zum Sturz des reaktionären Regimes bis zum Schluß zu führen.

INDONESIEN

Das reaktionäre Regime in Djakarta unternimmt breit angelegte Gewalt- und Terroroperationen gegen die fortschrittlichen Kräfte des Landes, die Gegner des reaktionären Regimes. Auf den Inseln Bali und Java, in der Provinz Lampung usw. wurden Gefängnisse und Konzentrationslager errichtet, wo die Gefangenen brutal gefoltert werden. Die Polizei und die Armee unternimmt überall Kontrollen und Hausdurchsuchungen in den Wohnungen von Menschen vor, die ihre Stimme des Protestes gegen das faschistische Regime erheben und aktiv an Streiks oder Demonstrationen teilnehmen. In Djakarta und einigen anderen Städten des Landes wurden in den letzten Tagen über 300 Einwohner verhaftet, die sich aktiv am Kampf gegen die Gewalt und den Terror sowie gegen die Versuche der indonesischen und ausländischen kapitalistischen Monopole, ihre Profite durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, beteiligt hatten. Allein an den beiden letzten Septembertagen wurden 35 Einwohner verhaftet. In Indonesien gibt es heute über 100 000 politische Gefangene des faschistischen Regimes.

MEXIKO

Im Rahmen des 35. Gründungsjahres der Partei der Arbeit Albaniens und ihres 7. Parteitages am 8. November wurde in Mexiko eine Konferenz über Albanien organisiert, auf der der Professor der Universität, José Alfonso Caldora sprach. Unter anderem hob er die großen Erfolge hervor, die das albanische Volk beim Aufbau des Sozialismus unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze erzielt hat. Nach der Konferenz wurde den Teilnehmern der Film „Unversiegbare Quelle" gezeigt und eine Ausstellung „Die Jugend, der Frühling des sozialistischen Albanien" besichtigt. An dieser Veranstaltung nahm auf Einladung auch der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Albanien in Mexiko, Labo Abaji, teil.

MOSAMBIK

Der Präsident von Mosambik, Samora Machel, betonte in einer in Maputo gehaltenen Rede, daß der bewaffnete Kampf für die Erringung der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit von großer Wichtigkeit ist. Machel verurteilte die rassistische Politik der weißen Minderheitsregime in Südafrika und Rhodesien und bekundete die volle Unterstützung für den gerechten Kampf der simbabwischen, azanischen und namibischen Patrioten für den Sturz der Rassistenregime.

SPANIEN

Ein mit Pistolen bewaffnetes Kommando von Faschisten drang am 1. Oktober, dem Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, abends um 20 Uhr in die Räume der spanisch-chinesischen Freundschafsgesellschaft in Madrid ein. Die Faschisten bedrohten die dort anwesenden Personen mit Waffen und setzten Möbel und Filmarchiv der Gesellschaft in Brand. Die Polizei hat sich nach dem faschistischen Überfall auf das offizielle Büro geweigert, Verhaftungen vorzunehmen. Offensichtlich wird dieser Überfall von dem faschistischen Regime selbst gedeckt.

USA

Laut Agenturmeldungen setzten 170 000 Arbeiter der Automobilgesellschaft Ford, einer der größten Autokonzerne in den USA, entschlossen ihren vor drei Wochen begonnenen Streik fort. Die streikenden Arbeiter fordern höhere Löhne und neue Arbeitsverträge. Sie bekundeten außerdem ihren Protest gegen die Bemühungen der Kapitalisten, die schwere Last der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Arbeiter lehnten alle bisherigen Angebote der kapitalistischen Ford-Bosse ab und erklärten, sie würden ihren Kampf nicht einstellen, ehe nicht alle ihre Forderungen erfüllt sind.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA
Vorstand der KPD/ML, Spendenkonto Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321 004 547 und KPD/ML,Spendenkonto PschKto. 6 420-467 PschA Dtmd.

ARGENTINIEN

In den Anlagen von zwei Kraftwerksgesellschaften, die das Gebiet von Buenos Aires versorgen, sind trotz eines Streikverbots der faschistischen Militärregierung 25 000 Arbeiter in den Streik getreten. Sie erklärten sich mit dem Streik solidarisch mit 214 Kollegen, die entlassen worden waren und forderten deren sofortige Wiedereinstellung.

POLEN

Nachdem die polnische Revisionisten-Clique sich durch den Kampf der polnischen Arbeiterklasse gezwungen sah, die Preissteigerungen vorerst fallen zu lassen, startet sie nun einen erneuten Versuch, höhere Preise durchzusetzen. Laut einer Mitteilung des polnischen Preisausschusses sollen ab 1. Oktober die Preise einer Anzahl pflanzlicher und tierischer Produkte in Polen stark erhöht werden. Vor allem die Preise für Fleisch und Speisefett sollen ansteigen. Auch die Preise für Obst, Gemüse, Kartoffeln und anderes werden erhöht. Die Preiserhöhungen sollen rund 40% betragen.

Blutbad unter den Studenten von Bangkok

Faschistischer Putsch in Thailand

Durch einen Putsch hat am 6. Oktober in Thailand die Armee die Macht übernommen und die offene faschistische Diktatur über das Volk errichtet. Das Massaker, die unblaublichen Verbrechen und Greueltaten der Soldaten und der Mitglieder faschistischer Terrororganisationen gegen die Studenten von Bangkok, das Meer von Blut, in dem die faschistischen Generäle den Kampf Tausender von Studenten erstickten, wird das thailändische Volk niemals vergessen.

Schon Tage vor dem 6. Oktober hatten sich Tausende von Studenten der Universität Thammaset in Bangkok zum Kampf erhoben. Sie hielten große Demonstrationen ab und besetzten die Universitätsgebäude. Sie forderten von der Regierung die sofortige Ausweisung des ehemaligen Diktators Thanom Kitticharchon, der, als buddhistischer Mönch verkleidet, vor einiger Zeit nach Thailand zurückgekehrt war. Am 6. Oktober stürmten Spezialeinheiten der Armee die Universität. Sie waren mit Handgranaten, Maschinengewehren und Granatwerfern bewaffnet und eröffneten sofort das Feuer auf die unbewaffneten Studenten. Sie verhafteten 1 300 Studenten und trieben sie in einem Fußballstadion zusammen. Am nächsten Tag wurden weitere 3 000 Studenten verhaftet. Mitglieder faschistischer Terrororganisationen, die im Schutz der schwerbewaffneten Soldaten in die Universität eindrangen, mißhandelten Dutzende von bereits gefangenen Studenten, stachen ihnen die Augen aus, prügelten sie zu Tode und schreckten sogar nicht davor zurück, die Leichen ermordeter Studenten zu schänden. Dem faschistischen Terror fielen mindestens 40 Studenten zum Opfer, wahrscheinlich aber waren es weit mehr. Noch am selben Tag verhängten die faschistischen Generäle unter ihrem Anführer Sangad Chalawyu das Kriegsrecht über das Land, hoben die Verfassung auf, lösten das Parlament auf, unterstellten die Zivilgerichte der Militärgerichtsbarkeit, verboten sämtliche Zeitungen und alle Versammlungen von mehr als fünf Personen. In Thailand herrscht jetzt der nackte faschistische Terror.



In Bangkok trieb die faschistische Polizei Hunderte von Studenten auf dem Fußballplatz zusammen.

Hinter den faschistischen Generälen stehen der amerikanische Imperialismus und die reaktionären Klassen des Landes, insbesondere die Großgrundbesitzer und die große Bourgeoisie. Die Errichtung der faschistischen Diktatur ist die Reaktion des amerikanischen Imperialismus und der thailändischen Reaktion auf den wachsenden Kampf der Volksmassen für ihre nationale und soziale Befreiung. An der Spitze dieses Kampfes steht die Kommunistische Partei Thailands. Unter ihrer Führung haben sich die Volksmassen die Volksbefreiungsarmee geschaffen, die den bewaffneten revolutionären Befreiungskampf in zahlreichen Provinzen vor allem in Nord- und Südthailand führt. Unter ihrer Führung sind im Norden des Landes bereits befreite Gebiete, in denen das Volk die Macht in den Händen hält, errichtet worden.

In den letzten Jahren hat sich der bewaffnete Kampf mit dem Kampf der demokratischen, antiimperialistischen Studenten und anderen Werktätigen in den Städten zu einer machtvollen revolutionären Bewegung verbunden. Im Oktober 1973 wurde die faschistische Diktatur Kitticharchons gestürzt. Im Dezember 1974 verhinderte der Kampf von Tausenden von Studenten seine Rückkehr nach Thailand. Im August 1975 verhinderten erneut machtvolle Demonstrationen die Rückkehr seines Kumpans Prapass nach Bangkok. Die Studenten verlangten zugleich den sofortigen und bedingungslosen Abzug der amerikanischen Besatzer, die in Thailand Zigtausende von Soldaten stationiert, zahlreiche Militärstützpunkte errichtet hatten und die in Wirklichkeit das Land regierten. Im Mai 1975, im August 1975 und im März 1976 wurden in Bangkok Demonstrationen von Tausenden von Menschen gegen die amerikanischen Besatzer durchgeführt.

Unter dem Druck des bewaffneten Kampfes und der machtvollen Massenbewegung in den Städten sah sich die thailändische Regierung gezwungen, öffentlich den Abzug der amerikanischen Truppen zu verlangen und darüber ein Abkommen mit den USA-Imperialisten zu schließen.

Aber dies war nur ein Manöver, um Zeit zu gewinnen. Während der ganzen Zeit wurden die Vorbereitungen für einen faschistischen Putsch fieberhaft vorangetrieben. Während die amerikanischen Imperialisten ihre Militärhilfe für die thailändische Armee pausenlos erhöhten, wurden die Schlüssenstellungen in Regierung, Verwaltung und im Generalstab mit US-hörigen Generälen besetzt. Höhepunkt war die Ernennung des treuen Freundes der amerikanischen Imperialisten Sangad Chalawyu zum Verteidigungsminister. Der Faschist Kitticharchon kehrte nach Thailand zurück. Der CIA organisierte faschistische Terrorbanden, organisierte Mordanschläge und subversive Aktionen. Schon seit Wochen wurden Putschgerüchte in Umlauf gesetzt, um ein entsprechendes psychologisches Klima zu schaffen.

Der faschistische Putsch in Thailand hat erneut gezeigt, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Herrschaft über die Völker, auf die sie ihre Hände gelegt haben, bis zuletzt mit Klauen und Zähnen verteidigen.

Aber auch unter den neuen schweren Bedingungen wird sich das thailändische Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei zum Kampf gegen seine verhaßten Feinde erheben. Es wird den Kampf für seine Freiheit und Unabhängigkeit mit dem Gewehr in der Hand fortsetzen und letzten Endes den Sieg im revolutionären Volkskrieg erringen.

Spanien

Das Volk richtete den Verbrecher Villar

Die schweren Schläge des Volkes versetzen die spanischen Faschisten und ihr Regime unter Juan Carlos immer mehr in Panik und Schrekken. Gerade hatte im Baskenland ein Generalstreik anläßlich des 1. Jahrestages der Ermordung von drei Patrioten der FRAP und zwei baskischen Kämpfern durch die faschistischen Henker stattgefunden, haben in Madrid die Kämpfe gegen das faschistische Regime zu neuen Straßenschlachten zwischen tausenden Werktätigen und der faschistischen Polizei geführt, als die Faschisten ein neuer schwerer Schlag traf: Einer der engsten Berater des Faschisten-Königs Juan Carlos, das Mitglied des Kronrates Araluce y Villar, wurde samt seinen Leibwächtern von Kämpfern des Volkes hingerichtet. Ihn traf eine Kugel des Volkes, als er sich von seinem Büro zum Mittagessen begeben wollte.

Villar ist bereits der zweite aus den Kreisen der faschistischen Oligarchie, den die gerechte Strafe des Volkes ereilt hat. 1974 war der berüchtigte Henker des spanischen Volkes, Ministerpräsident Carrero Blanco hingerichtet worden. Villar stand diesem in seinen Verbrechen gegen das Volk in nichts nach. Als Chef der Provinzverwaltung in der Baskenprovinz Guipuzcoa hatte er den Kampf des spanischen und besonders des baskischen Volkes gegen das faschistische Regime mit blutigem Terror unterdrückt. Zahlreiche Morde an den Kämpfern des Volkes gehen auf sein Konto. Seine Verbrechen gegen das Volk nahmen bereits ihren Anfang, als das spanische Volk heldenhaft gegen die Faschisten die Republik zu verteidigen suchte. Damals war es dieser Vilar, der unter dem Kommando Francos als Pilot das spanische Volk auf den Barrikaden bombardierte.

Unter der baskischen Bevölkerung in der Provinz Guipuzcoa herrscht über das gerechte Ende dieses Verbrechers unverhohlene Freude. Allein die modernen Revisionisten des Verräters Carillo, die um ihre legale Zulassung bei den Faschisten betteln, um den Kampf des Volkes besser sabotieren zu können, weinten dem gerechten Tod dieses Verbrechers nach.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL
Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAISES, POVOS E NACÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)
Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an:
GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei
HALKIN SESİ 42

— Anzeige —
RADIO TIRANA
Ausgewählte Sendungen
Aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa in deutscher Sprache (erscheint 14tägig)
- Einmalig in deutscher Sprache
- Auswahl der wichtigsten in diesem Zeitraum ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana
- Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien
- Albaniens Ansichten in internationalen Fragen
- Theoretische Artikel
- Wichtige Erklärungen und Dokumente

Abonnements zu beziehen durch:
Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 23 Kiel 1, Tel.: 0431/61906

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Uruguay

Wachsende Empörung gegen die Diktatur

Seit über einem Jahr wird Genosse Mario Echenique, der Generalsekretär der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays, in einem argentinischen Kerker gefangengehalten und gefoltert. Sein Leben ist in Gefahr. Wenn ihn die reaktionäre argentinische Junta nach Uruguay deportiert, werden ihn die Henker des faschistischen Regimes mit Sicherheit ermorden. Denn ebenso wie in Chile, Brasilien, Paraguay, Bolivien und Argentinien herrscht in Uruguay eine faschistische Diktatur, die das Land an den amerikanischen Imperialismus verkauft hat.

Im Juli 1973 putschte die Armee und ergriff die Macht in Uruguay. Sofort nach ihrem Machtantritt beseitigte sie alle bis dahin noch bestehenden demokratischen Freiheiten und Rechte des Volkes. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden aufgelöst, Streiks verboten, ebenso wie politische Parteien. In einem Interview mit Radio Tirana sagte Genosse Osvaldo vom Zentralkomitee der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays über die heutige Lage im Land: **„Uruguay erlebt heute die finsterste Periode seiner Geschichte. Der Staatsstreich vom Juli 1973 brachte dem Land eine blutige und das Vaterland verkaufende Militärdiktatur. Sie hat für die Familien der Werktätigen Elend gebracht, alle demokratischen Freiheiten beseitigt, sie hat die Söhne des Volkes gemordet und gefoltert und das Land den US-Imperialisten zur Verfügung gestellt. Die Auslandsschulden haben eine Milliarde Dollar überschritten. Der Reallohn der Werktätigen ist in diesen letzten Jahren auf die Hälfte gesunken, und die Inflation erreichte nach offiziellen Angaben die Rekordzahl von 110%. Wegen der Arbeitslosigkeit und der politischen Verfolgung sind mehr als 800 000 Uruguayer ausgewandert, aus einem Land, dessen Bevölkerung nur zweieinhalb Millionen beträgt. Im Land herrscht eine wilde politische Unterdrückung, und die vom Volk im Kampf errungenen demokratischen Freiheiten sind beseitigt. Die Kräfte des Regimes verhaften willkürlich Mitglieder politischer und gewerkschaftlicher Organisationen sowie gewöhnliche Bürger, die unbeschreiblichen Foltern ausgesetzt sind. Es gibt mehr als 7 000 politische Gefangene, und Dutzende Patrioten wurden in den Gefängnissen des Regimes ermordet."**

Uruguay ist ein kleines Land, Industrie gibt es kaum. Es lebte von der Rinder- und Schafzucht, vom Export des Fleisches und der Wolle. Heute wirkt das Landesinnere Uruguays wie eine Wüste. Über die Hälfte des gesamten Besitzes an Grund und Boden befindet sich in den Händen von etwa 500 Familien, die gleichzeitig 3/4 des in der Industrie und den Banken investierten Kapitals kontrollieren. Die größten dieser Latifundien beschäftigen – und auch das nur saisonal – kaum zwei Arbeiter pro 1 000 ha. Infolgedessen entvölkert sich das Landesinnere. In den Elendssiedlungen am Rand der großen Güter herrscht eine unbeschreibliche Armut. Fleisch aus Uruguay wird in alle Welt exportiert, hauptsächlich aber in die USA. Seit 1973 ist der Fleischpreis auf dem Weltmarkt nicht mehr gestiegen. Aber trotzdem wird das Fleisch von den internationalen Monopolen, die die Fleischverarbeitung und seinen Verkauf in die kapitalistischen Länder kontrollieren, an die Werktätigen zu ständig steigenden Preisen verkauft. Und die Großgrundbesitzer in Uruguay kommen auf ihre Kosten, indem sie die Ausbeutung der Landarbeiter bis aufs Äußerste verschärfen.

Um sich aus seiner elenden Lage zu befreien, gibt es für das Volk von Uruguay nur einen Ausweg: die Revolution. **„Der Kampf gegen die Diktatur", heißt es in einer Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei, „ist Teil des demokratischen und antiimperialistischen revolutionären Kampfes. Dieser Kampf hat das Ziel, die Macht der Bourgeoisie, in erster Linie der Großgrundbesitzer und des Imperialismus, zu zerschlagen und durch die Volksmacht zu ersetzen. Um das zu verwirklichen, ist es unerläßlich, die Mobilisierung des Volkes zu steigern, die revolutionäre Einheit aller Kräfte, die sich der Diktatur widersetzen, zu erweitern und zu verstärken."**

Deshalb kämpft die Partei für die Schaffung einer breiten patriotischen Front, die die Volksmassen im revolutionären Kampf vereinigt. In diesem Rahmen arbeitet die Partei in der „Union Artiguista Liberacion" (UAL), einer revolutionären Allianz verschiedener Organisationen mit einem demokratischen und antiimperialistischen Programm. Diese Allianz ist nach José Artigas benannt, einem Volkshelden, der 1815 an der Spitze des Kampfes des Volkes für seine Unabhängigkeit stand, die erste tiefgreifende Agrarreform durchführte und das Land an die Armen verteilte.

Die Partei und die UAL führen einen erbitterten Kampf gegen die modernen Revisionisten, die den revolutionären Kampf des Volkes von Uruguay sabotieren, ihn verraten und das Volk entwaffnen. Als die Werktätigen Uruguays den faschistischen Putsch 1973 mit einem fünfzehntägigen Generalstreik beantworteten, die Fabriken besetzten und die Produktion vollständig stilllegten, da waren es die modernen Revisionisten, die versuchten, den politischen Charakter des Generalstreiks zu verändern, indem sie ihm eine rein wirtschaftliche Färbung, als Kampf für Lohnerhöhungen gaben. Ihnen vor allem ist es zuzuschreiben, wenn der Generalstreik niedergeschlagen werden konnte.

Die Partei und die Front kämpfen zugleich auch gegen die abenteuerliche Politik der „Tupamaros", für die die Revolution das Werk einiger Helden ist, die es ablehnen, die Volksmassen zu mobilisieren und zu organisieren und stattdessen den Weg isolierter bewaffneter Aktionen gehen. Die Partei kämpft dafür, eine breite Front zu schaffen, die die Volksmassen vereinigt, die die breiten Massen in allen Stadtvierteln und Dörfern des Landes in Kampfausschüssen gegen die Diktatur organisiert und zu bewaffneten Aktionen mobilisiert, um die Diktatur zu stürzen.

Sie kann sich dabei auf die wachsende Empörung in allen Schichten des Volkes, auf die Entschlossenheit der breiten werktätigen Massen, den Kampf aufzunehmen, stützen. In einem Interview mit Radio Tirana sagte Genosse Osvaldo: **„Eine äußerst tiefe Empörung brodelt im uruguayischen Volk, das stets für ein freies und souveränes Vaterland gekämpft hat. So beantwortete die Arbeiterklasse den Staatsstreich mit einem 15 Tage dauernden Generalstreik, der zur Besetzung von Fabriken und zu Demonstrationen auf den Straßen führte. Von dem Augenblick an, dauerte der Volksaufstand gegen die Diktatur in verschiedenen Formen ununterbrochen an, trotz der bestehenden brutalen Unterdrückung."**

Dazu gehören vor allem der Streik der Transportarbeiter Anfang 1975 und die Streiks der Landarbeiter im selben Jahr. Sowohl am 1. Mai 1974 als auch am 1. Mai 1975 demonstrierten die Werktätigen in den Straßen der Städte und zeigten ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen die faschistische Diktatur.

Palästina

Generalstreik auf dem Westufer des Jordan

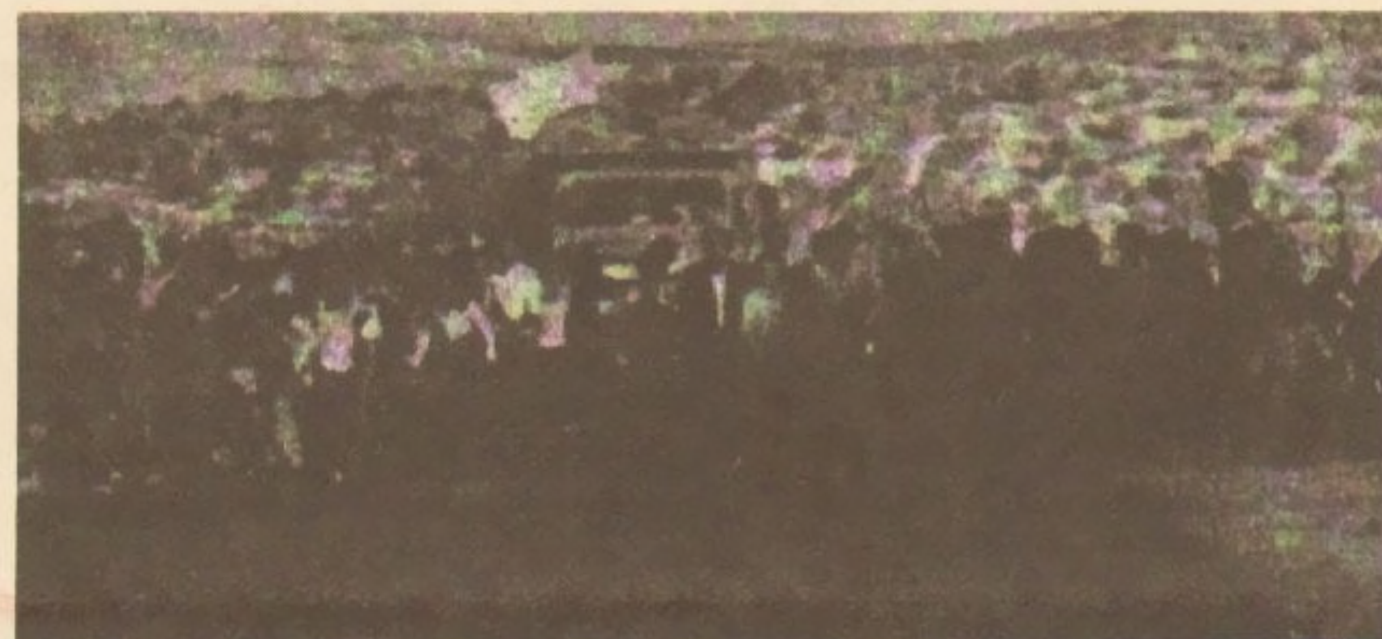
Die Städte Nablus, Hebron, Ramallah und andere auf dem Westufer des Jordan und in Galiläa waren in der vergangenen Woche erneut Schauplatz machtvoller Demonstrationen der arabischen Bevölkerung gegen das Besatzerregime der israelischen Zionisten.

Schon am 28. September hatte ein Generalstreik das öffentliche Leben auf dem Westufer des Jordan fast völlig lahmgelegt, und in den Wochen zuvor hielten Tausende von Arbeitern, Schülern und Studenten in den Städten immer wieder große Demonstrationen ab. Sie errichteten Barrikaden aus brennenden Gummireifen, stürzten Fahrzeuge der Polizei um und setzten sie in Brand, bewarfen die zionistischen Soldaten und Polizisten mit Steinen und kämpften mutig gegen die Besatzertruppen, die durch den brutalen Einsatz von Gummiknüppeln, Tränengas und sogar durch den Gebrauch der Schußwaffen die Demonstrationen zu unterdrücken versuchte.

Bei den Kämpfen ermordeten die israelischen Zionisten wieder einen arabischen Jugendlichen und verwundeten mehrere schwer. Dutzende von Demonstranten wurden verhaftet und eingekerkert.

Die arabische Bevölkerung auf dem Westufer des Jordan kämpft für den sofortigen Rückzug der israelischen Besatzer, die die Gebiete seit dem Sechstagekrieg annektiert haben. Sie kämpfen insbesondere gegen die Politik der „Hebräisierung", das ist nichts anderes als die systematische Vertreibung Zigtausender von arabischen Einwohnern aus ihren Dörfern und Häusern, deren vollständige Zerstörung und der Aufbau jüdischer Siedlungen auf ihren Ruinen. Die israelischen Zionisten setzen auf dem Westufer des Jordan die Verbrechen fort, die sie seit der Errichtung ihres Staates unablässig am palästinensischen Volk begangen haben. Sie haben eine Million Araber aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, dem palästinensischen Volk 524 Städte und Dörfer geraubt und davon 385 dem Erdboden gleichgemacht. Über 20 000 Häuser arabischer Einwohner ließen sie in den vergangenen neun Jahren niederreißen.

Was die israelischen Zionisten tun, entspricht haargenau den Verbrechen der Hitlerfaschisten, die die Parole „Volk ohne Raum" ausgaben.



Demonstration gegen die israelischen Besatzer auf dem Westufer des Jordan

Bekanntlich ließen die Hitlerfaschisten Hunderttausende Menschen aus Polen, der Sowjetunion, Ungarn, Rumänien und anderen Ländern zusammentreiben und aus ihrer Heimat deportieren. Sie sollten deutschen Siedlern weichen. Die Hitlerfaschisten nannten das „Germanisierung".

Es ist ein unerhörter Zynismus, daß die israelischen Zionisten, die ebensolche Rassisten wie die Hitlerfaschisten sind und Verbrechen genau dergleichen Art begehen, in ihrer Propaganda den millionenfachen Mord der Hitlerfaschisten an Juden benutzen, um sich als „verfolgte Nation" hinzustellen, als „Menschen ohne Heimat", und der Weltöffentlichkeit einzureden versuchen, sie stünden einer Welt von Feinden gegenüber, die sie angeblich vernichten wollten. Die israelischen Zionisten können dabei auch auf die aktive Hilfe der westdeutschen Imperialisten zählen, von denen sie unter dem Deckmantel der „Wiedergutmachung" mit Geld, Waffen und politischer Hilfe unterstützt werden. **Diese Art der „Wiedergutmachung", der Hilfe ist verbrecherisch. Sie wird für die Ausrottung, Vertreibung und rassistische Unterdrückung des palästinensischen Volkes gegeben. Sie zeigt die durch und durch reaktionäre Natur des westdeutschen Imperialismus, seine tiefe Feindschaft gegen die revolutionären Völker der Welt.**

Die israelischen Zionisten können sich aber auch auf die Hilfe des angeblich „besten Freundes" des palästinensischen Volkes, des russischen Sozialimperialismus, stützen. 130 000 sowjetische Juden ließen die neuen Zaren im Kreml in den letzten Jahren nach Israel auswandern. Sie dienen in der zionistischen Armee und stellen einen großen Teil der jüdischen Siedler, die auf den Ruinen der palästinensischen Dörfer ihre Häuser bauen. Für die israelischen Zionisten ist diese Hilfe der russischen Sozialimperialisten unschätzbar.

Aber trotz der allseitigen Hilfe durch den Imperialismus, trotz der gewaltigen Militärmaschinerie, die sie auf dem Westufer des Jordan unterhalten, trotz der Morde und Verhaftungen, haben die israelischen Zionisten den Kampf der arabischen Bevölkerung, der nun schon seit Monaten andauert, nicht zum Erlöschen bringen können. Er weitet sich im Gegenteil immer weiter aus. Das zeigt eindeutig die Stärke des palästinensischen Volkes. Kein Mittel kann seinen gerechten Kampf niederzwingen.

Osttimors Patrioten vernichten 15000 indonesische Soldaten

Fast ein Jahr ist es jetzt her, daß das faschistische indonesische Regime seine Truppen in Osttimor einmarschieren ließ, um das Land zu annektieren. Seit dieser Zeit kämpft das Volk von Osttimor unter der Führung der Befreiungsbewegung Fretilin mit der Waffe in der Hand gegen die Aggressoren.

Als das reaktionäre indonesische Regime das kleine Osttimor überfiel, glaubte es innerhalb weniger Tage den Sieg erringen zu können. Doch Monate vergingen, und bis heute gelang es den Aggressoren nicht, ihre Ziele zu verwirklichen. Der Widerstand, den das kleine Volk Osttimors den indonesischen Besatzern leistet und die Verluste, die es ihnen zufügt, bewiesen klar die allgemeingültige Wahrheit, daß ein kleines Volk, wenn es für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, unbesiegbar ist.

Heute kontrollieren die Befreiungsstreitkräfte 85% des Territoriums von Osttimor, während sich die indonesischen Besatzer in einigen wenigen Städten verschanzt haben. Aber selbst dort sind sie vor den Angriffen der Patrioten nicht sicher. Die indonesischen Besatzer erlitten große Verluste. Allein in den letzten acht Monaten fielen 15 000 ihrer Soldaten im Feuer der Befreiungskämpfer, ohne die Verwundeten zu rechnen.

Das Volk von Osttimor verlangt den Abzug der indonesischen Besatzer aus seiner Heimat, es will in Freiheit leben und seine Geschicke selbst bestimmen. Deshalb hat es zu den Waffen gegriffen. Und deshalb wird sein Kampf auch von allen freiheitsliebenden Völkern der Welt unterstützt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Reiche Weizenernte in Albanien

Zig Tonnen Getreide werden auch in diesem Jahr von den revisionistischen Ländern – von der Sowjetunion, von Polen, aber auch von der DDR – eingeführt. Und das in Ländern, die wie die damals noch sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins, nicht nur genug Getreide produzierte, sondern sogar noch anderen Völkern mit Getreide half. Die Ursache für die schlechten Ernteergebnisse in den revisionistischen Ländern liegt darin, daß dort eine neue Bourgeoisie die Macht ergriff, daß heute in den revisionistischen Ländern nicht mehr produziert wird, um die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen, sondern damit die neue Bourgeoisie möglichst hohe Profite erzielt.

Ein Blick in die sozialistischen Länder China und Albanien zeigt das deutlich. In einer Sendung von Radio Tirana heißt es dazu:

Die albanischen Werktätigen wissen, welche Bedeutung es hat, die Brotgetreideproduktion zu steigern, damit die Volkswirtschaft und die Unabhängigkeit des Landes unter den Bedingungen der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung und Blockade gestärkt wird, und verpflichteten sich deshalb, dieses Jahr 29% mehr Brotgetreide als im letzten Jahr zu erzeugen. Um dieses Ziel zu erreichen, stützten sie sich auf ihre von Jahr zu Jahr besseren Ergebnisse bei der Getreideproduktion, auf die ständige Verstärkung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft, für die der sozialistische Staat jedes Jahr beträchtliche Summen ausgibt, sowie auf die fortgeschrittene Erfahrung und die breite Anwendung der Wissenschaft bei der Produktion.

Den Genossenschaftsbauern und den Werktätigen der landwirtschaftlichen Betriebe gelang es 1975 bei Weizen, der den wichtigsten Platz bei Brotgetreide einnimmt, einen dreimal so großen Ertrag wie 1960 zu erwirtschaften. In den Agrarwirtschaften des Landes sind heute viermal so viele 15 PS-Traktoren als 1960 im Einsatz. Die Verwendung der Kunstdüngemittel ist auf das 8,4 fache gestiegen, und die bewässerte Fläche umfaßt heute 60% des Ackerlandes. Die albanischen Genossenschaftsbauern machen sich die Agrarwissenschaften immer besser zu eigen. Sie besuchen in Massenumfang Lehrgänge und landwirtschaftliche Schulen, und immer mehr Fachkräfte und Spezialisten der Landwirtschaft mit höherer und Hochschulbildung arbeiten in der Landwirtschaft.

Neben den Genossenschaftsbauern arbeiten an der Front der landwirtschaftlichen Produktion in Massenaktionen immer wieder auch Tausende und Abertausende Werktätige der Städte, Schüler und Soldaten. Diese Solidarität, die unter den Bedingungen der sozialistischen Ordnung, wo das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln besteht, entstand, zeigte sich besonders machtvoll, als es galt, die Folgen des Hagelunwetters zu beheben, die im Mai dieses Jahres die landwirtschaftlichen Kulturen in einigen Gegenden des Landes schwer in Mitleidenschaft zog. Den Werktätigen der Landwirtschaft dieser Gegenden eilten Tausende Freiwillige aus den betroffenen Bezirken und aus anderen Bezirken zu Hilfe.

Die Werktätigen der Landwirtschaft, die als Revolutionäre denken und handeln und die ökonomischen Aufgaben politisch verstehen, übernahmen neue Verpflichtungen, um die geplante Produktion nicht nur zu erfüllen, sondern auch beträchtliche Mengen Getreide über den Plan hinaus zu erwirtschaften. Die Getreideproduktion steigern bedeutet, das sozialistische Vaterland stärken. Erinnern wir uns an die Worte Lenins, der gesagt hat: „Nur durch einen genügenden Fonds an Nahrungsmitteln kann der Arbeiterstaat vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus auf eigenen Beinen stehen." Und die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eng mit der politischen verbunden. Das hat die PAA fest im Denken der werktätigen Massen eingeprägt. Das bewies und beweist die Erfahrung Albaniens selbst.

Bekanntlich versuchten die modernen Revisionisten stets, die wirtschaftliche und in Zusammenhang damit auch die politische Unabhängigkeit Albaniens zu unterhöhlen. Doch das eng mit der Partei verbundene albanische Volk widerstand und widersteht in unerschütterlichem Vertrauen auf die korrekte marxistisch-leninistische Linie der Partei und unter Anwendung des revolutionären Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, heroisch der grausamen imperialistisch-revisionistischen Blockade und Einkreisung und erhöhte fortwährend die Selbständigkeit der Nationalwirtschaft. Ein klarer Beweis der Erfolge in dieser Hinsicht sind die guten Ergebnisse in der landwirtschaftlichen Produktion von Brotgetreide. 1975 wurde eine Steigerung auf das 3,5 fache gegenüber 1960 erzielt. Zu einer Zeit, da eine Reihe kapitalistischer und revisionistischer Länder aufgrund der zurückgehenden Weizenerzeugnisse gezwungen ist, immer größere Mengen Weizen einzuführen, erlebt Albanien einen ständigen Produktionsanstieg."

US-Bürgerkriegstruppen in Westberlin



Westberlin, 21.9. Quer durch das belebte Einkaufszentrum Schloßstraße im Westberliner Stadtteil Steglitz stürmen schwerbewaffnete GIs in den U-Bahnhof Schloßstraße. Aus den U-Bahnschächten hallen amerikanische Kommandos und Detonationen.

Diese amerikanischen Soldaten üben für den Bürgerkrieg! Zweck dieser Übung, der weitere gleichgeartete folgen sollen, ist es, wie der „Tagesspiegel" schreibt, „die Kampftechnik gegen kleine Terroristengruppen" zu trainieren. Wer für die amerikanischen Imperialisten diese „Terroristen" sind, brachte Springers „Bild" bei der letzten Übung vor einigen Wochen auf einen kurzen Nenner: „Pöbel" und „Mob" hieß da der Gegner der amerikanischen Truppen!

Bei diesen Übungen zeigt sich das wahre Gesicht der amerikanischen Imperialisten. Sie sind keine Freunde, sondern erbitterte Feinde des deutschen Volkes. Mit Zähnen und Klauen werden sie ihre Rechte als Besatzermacht in Westberlin und auch in Westdeutschland verteidigen. Wenn die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin sich im revolutionären Kampf, im Kampf für den Sozialismus, erhebt, dann werden ihr nicht nur die Truppen der westdeutschen Imperialisten, sondern auch amerikanische GIs gegenüberstehen, um die Macht des Imperialismus zu retten.

"Puppenspiel aus China"? - ein übler Betrug!

Auf Flugblättern und Plakaten kündigte das „Deutsche Institut für Puppenspiel" in Bochum groß an: „Zum erstenmal in Deutschland – Handpuppenspiel aus China!" Tatsächlich aber handelt es sich um einen üblen Betrug, der mit der Sympathie der Bevölkerung für die Volksrepublik China Schindluder zu treiben sucht. Bochumer Genossen berichten, wie sie den Schwindel aufdeckten.



Der Name der Volksrepublik China soll zur Werbung für das reaktionäre Handpuppenspiel mißbraucht werden. (Plakat aus Bochum.

Auffällig war bereits, daß als Aufführung angekündigt war: „Akrobaten- und Kampfszenen aus dem berühmten Roman: ‚Die Räuber vom Liang-Shan-Moor'." Gerade dieser Roman – so wußten wir aus der ‚Peking Rundschau' – ist aber vom Volk scharf kritisiert und verurteilt worden. Also riefen wir bei dem Puppenspiel-Institut unter dem Namen einer bürgerlichen Tageszeitung an und erkundigten uns über den gewissen Herrn Lee und seine zwei Mitspieler. Auf die Frage an die Sekretärin, ob denn diese Truppe aus der Volksrepublik China stamme, bekommt man die unverfrorene Lüge zu hören: Ja, die Truppe sei aus der Volksrepublik China. Sie wäre zuvor in Frankreich gewesen, jetzt hier und würde anschließend – aber das nur im Vertrauen und nicht zur Veröffentlichung – auf Tournee nach Israel gehen. Eine Kulturtruppe aus der VR China zu den israelischen Zionisten? Eine unglaubliche Verleumdung. Man verlangte also den Institutsdirektor zu sprechen, um nähere Aufklärung über diese Truppe zu bekommen. Und wie immer wenn sie glauben, mit ihresgleichen von der bürgerlichen Presse zu sprechen, war der Herr Direktor gesprächig und vertraulich. Er gab dabei zu, daß er selbst einige Zeit in Hongkong verbracht habe und dort den Herrn Lee und seine Truppe kennengelernt und eingeladen habe.

Auf die Frage, wie denn Herr Lee selbst zu dem Roman „Die Räuber vom Liang-Shan-Moor" stehen würde, antwortete der Institutsdirektor ausweichend: Herr Lee würde dies nur vom „rein künstlerischen Standpunkt" betrachten. Warum aber ist denn das Stück vom chinesischen Volk so scharf kritisiert und verurteilt worden?

Das Stück hat zum Thema einen Bauernaufstand gegen Ende der Nördlichen Sung-Dynastie (960 – 1127). Die Bauern erhoben sich damals zu stürmischen Aufständen, die die Herrschaft der Grundherrenklasse ins Wanken brachte. Wie aber schildert der Roman diese Bauernaufstände? Er richtet sich nicht gegen die reaktionäre Grundherrenklasse, sondern gegen korrupte Beamte. Er propagiert: Die korrupten Beamten sind schlecht, aber der Kaiser ist gut. Der Held des Stückes ist Sung Dijang, der gegen die korrupten Beamten kämpft, nur um dem Herrscher völlige Treue zu beweisen und die Staatsmaschine der feudalen Grundherrenklasse funktionstüchtiger gegen die unterdrückten Bauern zu machen. Er zersetzt dabei die Bauernarmee von innen her und gibt ihnen das Ziel, ein Angebot auf Amnestie und Ämter zu erkämpfen. Diese Kapitulantenlinie wird als überlegen dargestellt, während die entgegengesetzte Linie der revolutionären Bauern als dumm dargestellt und ironisiert wird. Später stellt sich dieser als Held gefeierte Kapitulant zur Niederwerfung der aufständischen Bauern zur Verfügung. Der Roman rührt also die Trommel für die Philosophie des Kapitulantentums gegenüber den reaktionären Klassen und ist dazu auch stets von den reaktionären Klassen in China benutzt worden. Deshalb wurde in der Volksrepublik China eine breite Kampagne anhand dieses Romans geführt, die sich gegen Kapitulanten und Verräter wie Lin Biao und Deng Hsiao-Ping richtete, die im Kern die gleiche Taktik wie der Held des Romans, Sung Dijang, anwendeten.

Doch wie steht das mit dem gewissen Herrn Lee aus Hongkong? Unter dem Vorwand des „rein künstlerischen" propagiert er diesen reaktionären Roman – und läßt sich dabei noch von dem Institut für Puppenspiel als Künstler aus der VR China ausgeben. Tatsächlich richtet sich diese Propaganda gegen die Kampagne des chinesischen Volkes gegen diesen reaktionären Roman. Das Ganze ist organisierter Betrug, der Schindluder treibt mit der Sympathie zur Volksrepublik China, um Verwirrung zu stiften und reaktionäre, revisionistische Propaganda zu treiben. Es ist ein Versuch von Reaktionären, die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk zu unterminieren. Doch das wird den Reaktionären nie gelingen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.